Staats-Anzeiger
FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1968 | Montag, den 29. April 1968 | Nr. 18

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten 721

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 3. 1968 bis 11. 4. 1968 721

Der Hessische Minister des Innern

Beflaggung der Dienstgebäude am 5. Mai 1968 722

Vollzug des Wohngeldgesetzes; hier: Berücksichtigung von Leistungen nach §§ 301, 301 a LAG bei der Einkommensermittlung 722

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Heringen (Werra) im Landkreis Hersfeld 722

Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Seulberg, Obertaunuskreis 723

Sichtvermerksvorschriften der britischen Kolonie Fidschi . . . 723

Der Hessische Minister der Finanzen

Formblatt 1 für die Gewährung von Beihilfen nach der Hessischen Beihilfenverordnung 723

Der Hessische Kultusminister

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrvikarie St. Kilian in Frankfurt (Main)-Sindlingen 729

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Bekämpfung der Hühnerpest 729

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen 729

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Waldarbeiter des Landes; hier: Gewährung des Sterbegeldes nach § 40 HSFT II an Hinterbliebene eines Waldarbeiters, dessen Arbeitsverhältnis zur Staatsforstverwaltung wegen Einberufung zum Wehrdienst geruht hat 730

Auflösung der Hess. Forstwartei Vielbrunn, Hess. Forstamt Michelstadt 730

Personalnachrichten

im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 730

im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz 732

Verschiedenes

Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1967 732

Hessische Brandversicherungsanstalt Darmstadt — Bilanz zum 31. 12. 1966 732

Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Auflösung des Büdinger Pferdeversicherungsvereins in Büdingen 733

WIESBADEN

Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gelnhausen und Schlüchtern „Landschaftsschutzgebiet Kinzig" 733

Öffentliche Zustellung eines Widerspruchsbescheides 734

Buchbesprechungen 734

Öffentlicher Anzeiger

Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen 1968 741

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen 742

Die 4. Folge 1968 der monatlich erscheinenden Beilage

»Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

515

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 15. Juni 1967 spreche ich dem Schüler Karl Werner, Frankenau, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 11. 3. 1968

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c

StAnz. 18/1968 S. 721

516

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 3. 1968 bis 11. 4. 1968

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

	Preis DM
Staat und Wirtschaft in Hessen	
23. Jahrgang, Heft 3, März 1968	1,50
Aus dem Inhalt:	
Entwicklung und Struktur der privaten Haushalte	
Güterumschlag und Umschlagsstruktur der hessischen Häfen	
Die Abhängigkeit der Ernteerträge von der Betriebs- und der Feldgröße	
Der hessische Rechtsschutz und seine Finanzierung 1966	
Bereits die Hälfte der Trinkmilch in verlorenen Packungen, 1967	
Immer weniger Arbeitsaufwand in der Landwirtschaft, 1967	
Hessischer Zahlenspiegel	
Statistische Berichte	
A IV 4 — j/67	
Die Erkrankungen und Todesfälle an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen im Jahre 1967	1,—
C I 2 — j/68	
Der beabsichtigte Anbau von Gemüse (und Erdbeeren) zum Verkauf in Hessen 1968 (Ergebnisse der repräsentativen Gemüsevorerhebung)	—,50
C III 1 — vj 1/68	
Der Schweinebestand am 4. März 1968 in Hessen (Endgültiges Ergebnis)	—,50
C III 2 — m 2/68	
Die Schlachtungen in Hessen im Februar 1968	—,50
C III 3 — m 2/68	
Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Februar 1968 (29 Tage)	—,50

	Preis DM
C III 6 — m 2/68 Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im Februar 1968	—,50
E I — FI/S — m 2/68 Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 1968 (Vorläufige Ergebnisse)	1,—
F II 3 — j/67 Der Bauüberhang in Hessen am Jahresende 1967	—,50
G I 1 — m 2/68 Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Einzelhandel im Februar 1968 Schnellmeldung (Vorläufige Zahlen)	—,50
H I 4 — m 1/68 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Januar 1968	—,50
H II 1 — m 2/68 Die Binnenschiffahrt in Hessen im Februar 1968	1,—
L II 1 — m 2/68 Landes- und Bundessteuern im Februar 1968 in Hessen (Kassenmäßiges Aufkommen)	—,50
M I 2 — m 2/68 Verbraucherpreise in Hessen im Februar 1968	1,50

Wiesbaden, 11. 4. 1968 **Hessisches Statistisches Landesamt**
AZ 213 a Az.: 77 a 241/68
StAnz. 18/1968 S. 721

Der Hessische Minister des Innern

517

An
alle Behörden und Dienststellen des Landes,
die Gemeinden und Gemeindeverbände,
die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

Beflaggung der Dienstgebäude am 5. Mai 1968

Aus Anlaß des Europatages ordne ich nach § 1 des Gesetzes über die Beflaggung öffentlicher Gebäude vom 16. Mai 1950 (GVBl. S 106) für Sonntag, den 5. Mai 1968, das Beflaggen der Dienstgebäude und sonstigen öffentlichen Gebäude des Landes und der der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts an.

Ich bitte, neben der Bundes- und Landesflagge auch die Europaflagge zu zeigen.

Die Beflaggung beginnt um 7.00 Uhr und endet bei Einbruch der Dunkelheit.

Wiesbaden, 19. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
I A 14 — 3 d 34
StAnz. 18/1968 S. 722

518

Vollzug des Wohngeldgesetzes;

hier: Berücksichtigung von Leistungen nach §§ 301, 301 a LAG bei der Einkommensermittlung

Nach § 301 LAG kann zur Milderung von Härten für Gruppen von Personen bestimmt werden, daß diese Personen aus einem innerhalb des Ausgleichsfonds zu bildenden Sonderfonds (Härtefonds) Leistungen erhalten, wenn ihnen Schäden entstanden sind, die den im LAG berücksichtigten Schäden entsprechen oder ähnlich sind, deren Ausgleich in diesem Gesetz jedoch nicht vorgesehen ist. Näheres über die Voraussetzungen und den Personenkreis, der Leistungen aus dem Härtefonds erhalten kann, bestimmt die Zweite Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem LAG (2. Leistungs-DV-LA). Die Leistungen werden als Beihilfe zum Lebensunterhalt, als besondere laufende Beihilfe, als Beihilfe zur Beschaffung von Hausrat und Wohnraum sowie zum Existenzaufbau gewährt (§ 301 Abs. 3 und § 301 a Abs. 3 LAG).

An mich ist die Frage herangetragen worden, wie diese Leistungen, namentlich die besondere laufende Beihilfe nach § 301 Abs. 3 LAG, bei der Berechnung des Einkommens nach dem Wohngeldgesetz zu behandeln sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau nehme ich hierzu wie folgt Stellung:

1. Die Behandlung der Beihilfe zum Lebensunterhalt bei der Einkommensermittlung nach dem Wohngeldgesetz ist in § 20 Nr. 8 WoGG geregelt. Nach dieser Vorschrift bleibt bei der Ermittlung des nach dem Wohngeldgesetz maßgebenden Jahreseinkommens u. a. der halbe Betrag der Beihilfen zum Lebensunterhalt nach dem LAG außer Betracht.

2. Die besondere laufende Beihilfe ist auf Grund des Siebzehnten Änderungsgesetzes zum Lastenausgleichsgesetz eingeführt worden. Sie entspricht in etwa der Entschädigungsrente nach dem LAG, die nur Geschädigte im Sinne des LAG erhalten. Diese Beihilfe wird bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen (die denen der Entschädigungsrente gemäß §§ 279 ff. LAG im wesentlichen entsprechen) Personen gewährt, die durch die Schädigung einen Verlust der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage mit Durchschnittsjahreseinkünften von mehr als 4000 RM oder einen Vermögensverlust von mehr als 2000 RM erlitten haben. Der Rechtscharakter der besonderen laufenden Beihilfe entspricht daher in seinen wesentlichen Merkmalen denen der Entschädigungsrente. Da die Entschädigungsrente bei der Ermittlung des Jahreseinkommens nach § 20 Nr. 7 WoGG außer Betracht bleibt, werden keine Einwendungen dagegen zu erheben sein, wenn die besondere laufende Beihilfe nach § 20 Nr. 7 WoGG ebenfalls nicht auf das Jahreseinkommen angerechnet wird.

3. Beihilfen zur Beschaffung von Wohnraum sowie zum Existenzaufbau sind nicht als Einnahmen im Sinne der §§ 16 ff. WoGG anzusehen, da sie nur in der Form von Darlehen gewährt werden.

4. Beihilfen zur Beschaffung von Hausrat bleiben nach § 20 Nr. 9 WoGG außer Betracht. Sie stellen nicht den Ersatz für entgangene oder entgehende Einnahmen dar und sind auch nicht zur Deckung des Lebensunterhalts im Sinne des § 20 Nr. 9 WoGG bestimmt, sondern dienen zur einmaligen Anschaffung von Möbeln nach einem vorangegangenen Verlust von Hausrat.

Wiesbaden, 2. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
V B 51 — 56 a 04 — 60/68
StAnz. 18/1968 S. 722

519

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Heringen (Werra) im Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel

Der Gemeinde Heringen (Werra) im Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Zwischen schmalen roten Seitenbahnen eine breite weiße Mittelbahn, belegt mit dem Gemeindewappen."

Wiesbaden, 9. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 28/68
StAnz. 18/1968 S. 722

520

Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Seulberg, Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Seulberg im Obertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„In einem von Rot und Silber gespaltenen Schild ein Hufeisen mit 6 Nagellöchern in verwechselten Farben."

Flaggenbeschreibung:

„Die Flagge zeigt die Farben Silber und Rot, im oberen Drittel belegt mit dem Gemeindewappen."

Wiesbaden, 9. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 28/68
StAnz. 18/1968 S. 723

521

Sichtvermerksvorschriften der britischen Kolonie Fidschi

Auf Grund einer Anordnung des Chief Secretary in Suva vom 19. Januar 1968 benötigen Inhaber gültiger deutscher Pässe für die Einreise in die britische Kolonie Fidschi keinen Sichtvermerk, wenn sie den für die Weiterreise etwa erforderlichen Sichtvermerk sowie eine Flug- oder Schiffskarte besitzen und ihr Aufenthalt in Fidschi nicht länger als 30 Tage dauert.

Ich bitte, in der Übersicht zu meinem Runderlaß vom 22. April 1965 (StAnz. S. 514) bei den Stichwort „Fidschi-Inseln mit Pitcairn" den Vermerk „D = SV" in „D = frei für einen Besuchsaufenthalt bis zur Dauer von 30 Tagen, wenn der für die Weiterreise etwa erforderliche Sichtvermerk sowie Flug- oder Schiffskarte vorhanden sind" zu ändern.

Wiesbaden, 11. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III A 31 — 23 c 02
StAnz. 18/1968 S. 723

Der Hessische Minister der Finanzen

522

Formblatt 1 für die Gewährung von Beihilfen nach der Hessischen Beihilfenverordnung

Das Formblatt 1 für die Gewährung von Beihilfen nach der Hessischen Beihilfenverordnung vom 6. August 1958 (GVBl. S. 131) in der Fassung vom 7. Juni 1966 (GVBl. I S. 137) ist änderungsbedürftig geworden. Gemäß § 16 Satz 2 aaO bitte ich, nach Verbrauch der bisherigen Vordrucke die Formblätter nachstehenden Musters zu verwenden.

Wiesbaden, 1. 4. 1968

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1000 A — I B 23
StAnz. 18/1968 S. 723

Formblatt 1 — Seite 6
Rückseite von Seite 5
(StAnz. S. 728)

....., ..., den..... 19.....

Az.

An

.....

Betr.: Gewährung einer Beihilfe

Bezug: Ihr Antrag vom.....

Anlg.: ..... Rechnungsbelege

Sehr geehrte(r)

Auf Ihren Antrag wird Ihnen die auf der Rückseite berechnete Beihilfe gewährt.

Die vorgelegten Rechnungsbelege erhalten Sie hiermit zurück.

Die Belege sind — soweit sie nicht bei Ihrer Versicherung verbleiben — noch 3 Jahre nach Empfang der Beihilfe aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

Die Beihilfe wird Ihnen wie beantragt ausgezahlt.

Auf die Beihilfe bereits gewährte Abschläge oder Vorschüsse werden bei der Auszahlung verrechnet.

Hochachtungsvoll

Formblatt 1 — Seite 1

An .....

.....

in .....

.....

Formblatt 1
zu § 14 Abs. 2 HBeihVO

Antrag auf Gewährung einer Beihilfe

Es wird gebeten, vor Ausfüllung des Antrages die Anmerkungen auf Seite 4 durchzulesen.

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen

Ich beantrage eine Beihilfe zu den in der Anlage aufgeführten, durch Belege nachgewiesenen Aufwendungen

Vor- und Familienname des Antragstellers	Geburtsdatum	Amts- oder Dienstbezeichnung	
Dienststelle bzw. letzte Beschäftigungsbehörde (des verstorbenen Ehegatten)		☐ vollbeschäftigt ☐ teilbeschäftigt ..... Stunden wöchentlich	
Familienstand ☐ ledig ☐ verheiratet ☐ verwitwet ☐ geschieden ☐ getrennt lebend		seit	Mehrere Versorgungsbezüge? ☐ Ja ☐ Nein

1. **Kinderzuschlagsberechtigende Kinder** (falls nicht für die gesamten 12 Monate vor der Antragstellung Kinderzuschlag, Kindergeld oder eine entsprechende Leistung gezahlt wurde, ist hinter dem Namen des Kindes zu vermerken, seit wann oder bis wann Kinderzuschlag gezahlt worden ist; falls der **Kinderzuschlag nur zur Hälfte** bezogen wurde, bitte ankreuzen)

Vor- und Familienname	Geburtsdatum	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
☐		☐	
☐		☐	
☐		☐	

Werden Aufwendungen für Kinder geltend gemacht, für die der Kinderzuschlag nur zur Hälfte bezogen wird?	☐ Nein	☐ Ja	Ich erkläre hiermit gleichzeitig, daß mein Ehegatte zu den geltend gemachten Aufwendungen keine Beihilfe beantragt. Für diese Aufwendungen füge ich die Originalbelege bei.

Nur bei unehelichen Kindern eines männlichen Antragstellers: Ich habe in meine Wohnung folgende Kinder aufgenommen oder auf meine Kosten anderweitig untergebracht, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit dem Kinde aufgehoben werden soll.

Vor- und Familienname des Kindes	Angaben über die Unterbringung	
Die geltend gemachten Aufwendungen habe ich – neben den laufenden Unterhaltszahlungen –	☐ in voller Höhe	in Höhe von DM getragen

2. Sind oder waren Ehegatte oder kinderzuschlagsberechtigende Kinder, für die Aufwendungen geltend gemacht werden, in den letzten 12 Monaten vor der Antragstellung berufstätig oder in der Berufsausbildung?
☐ Nein

(Falls eine dieser Personen selbst beihilfeberechtigt ist oder war, bitte ankreuzen)

☐ Ja Name des Berufstätigen	tätig von – bis	Name und Anschrift des Arbeitgebers
☐		
☐		
☐		

3. Steht Personen, für die hiermit eine Beihilfe beantragt wird, zu geltend gemachten Aufwendungen Heilfürsorge, Krankenhilfe oder Kostenerstattung auf Grund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften außer der HBeihVO zu?
☐ Ja ☐ Nein

Es sind krankenversichert:
a) Der Beihilfeberechtigte bei der ..... krankenvers. pflichtig - freiw. krankenvers.
b) sein Ehegatte bei der ..... krankenvers. pflichtig - freiw. krankenvers.
c) die Kinder bei der ..... krankenvers. pflichtig - freiw. krankenvers.

Nur ausfüllen für vorstehend genannte freiw. Mitglieder einer gesetzlichen oder Ersatzkrankenkasse.

Der Versicherungsbeitrag betrug in den letzten 12 Monaten vor dem Antragsmonat:
für a) vom ..... bis ..... mtl. ..... DM vom ..... bis ..... mtl. ..... DM
für vom ..... bis ..... mtl. ..... DM vom ..... bis ..... mtl. ..... DM
(Entsprechender Nachweis ist dem Antrag beizufügen).

Das Versicherungsverhältnis ist beendet worden mit Ablauf des ..... Die Versicherungsleistungen sind eingestellt worden, weil .....

Wurden Aufwendungen durch einen Unfall verursacht?
☐ Nein

Name und Anschrift des Ersatzpflichtigen oder Begründung, warum keine Ersatzpflicht besteht
☐ Ja

Formblatt 1 — Seite 2 — Rückseite von Seite 1

4. a)	Beziehen Sie, Ihr Ehegatte oder kinderzuschlagsberechtigende Kinder eine **Rente** aus der Angestellten- oder Arbeiterrentenversicherung? ☐ Nein ☐ Ja Wer?	
b)	Beziehen Sie, Ihr Ehegatte oder kinderzuschlagsberechtigende Kinder eine **Kriegsbeschädigtenrente** nach dem Bundesversorgungsgesetz? ☐ Nein ☐ Ja Grundl.-Nr. ..... Versorgungsamt	
	Beziehen sich geltend gemachte Aufwendungen auf Versorgungsleiden? ☐ Nein ☐ Ja Beleg Nr.	
5. a)	**Nur auszufüllen** von verheirateten weiblichen Antragstellern:	Wird der Lebensunterhalt Ihres Ehemannes überwiegend von Ihnen bestritten? ☐ Nein ☐ Ja Das Einkommen des Ehemannes betrug z. Z. der Entstehung der Aufwendungen monatlich brutto ..... DM
b)	von Antragstellern, deren Ehegatte außerhalb des öffentlichen Dienstes beruflich tätig ist oder war:	Steht der Krankheitsfall bzw. Todesfall, für den Aufwendungen geltend gemacht werden, in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Berufstätigkeit Ihres Ehegatten? ☐ Nein ☐ Ja Beleg Nr. .....
c)	von Versorgungsempfängern, die außerhalb des öffentlichen Dienstes beruflich tätig sind oder waren:	a) Ich übe eine Beschäftigung aus bei ..... (Beschäftigungsstellen jeder Art anzugeben) b) Ich bin als selbständiger ..... tätig. Meine monatlichen Einkünfte aus dieser Beschäftigung – Tätigkeit – betragen ..... DM. Durch diese Beschäftigung bin ich seit ..... – krankenversicherungspflichtig – nicht krankenversicherungspflichtig.
d)	in Geburtsfällen, falls die Bezüge des Antragstellers [vgl. nebenstehend zu a)] die Krankenversicherungspflichtgrenze nicht übersteigen und die Mutter das Kind stillt (Stillbescheinigung beifügen!):	a) Wie hoch sind die monatlichen Bruttobezüge des Antragstellers ausschließlich der mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zuschläge und der Aufwandsentschädigungen? ..... DM b) Wird ein Stillgeld für den Geburtsfall nach anderen Vorschriften (z. B. RVO) gewährt? ☐ Nein ☐ Ja
e)	im Todesfalle des Ehegatten des Antragstellers:	Werden Leistungen für den Todesfall auf Grund einer früheren Berufstätigkeit Ihres verstorbenen Ehegatten gewährt, die nicht ausschließlich auf eigenen Beiträgen beruhen? ☐ Nein ☐ Ja
f)	wenn ein naher Angehöriger bei Heilmaßnahmen oder bei der Pflege tätig geworden ist:	Der behandelnde Arzt o. dgl. ist Ehegatte, Sohn oder Tochter, Vater oder Mutter, Großvater oder Großmutter, Schwiegervater oder Schwiegermutter, Bruder oder Schwester der Behandelten. (Zutreffendes unterstreichen) Zu Beleg-Nr.: .....
g)	bei Krankenhaus-, Sanatoriumsbehandlung oder Heilkur:	Welchen Personen gewähren Sie in Ihrer Wohnung auf Grund gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung nicht nur vorübergehend Unterkunft und Unterhalt?
6.	Auf die hiermit beantragte Beihilfe habe ich als	Abschlagszahlung ☐ Vorschuß ☐ am
	durch die (Kasse)	einen Betrag von ....., DM erhalten.
7.	Ich bitte, die Beihilfe ☐ bar zu zahlen ☐ zu überweisen auf das Konto Nr. bei	
	Mit dem Geldinstitut vereinbarte Anschrift	

Ich versichere nach bestem Wissen die Vollständigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, daß ich nachträgliche Preisermäßigungen oder Preisnachlässe auf die Kosten sofort der Festsetzungsstelle anzuzeigen habe.

Ort und Datum

Anschrift

Unterschrift

Anlage zum Beihilfeantrag des ..... vom ..... 19 .....

Zusammenstellung der Aufwendungen

Vom Antragsteller auszufüllen						Nicht vom Antragsteller auszufüllen				
Beleg Anm. 2)	Name des Erkrankten Anm. 3)	Entstehung der Aufwendungen bzw. Rechnungsdatum	Art der Leistung Anm. 4) 5)	Rechnungsbetrag DM	Pf	Beihilfefähiger Betrag v. H. DM	Pf	Sachl. § 4 (5) HBeihVO DM	Pf	Bemerkungen

Beihilfefähiger Gesamtbetrag .....

..... v. H. von ..... DM = ...

..... v. H. von ..... DM = ...

..... v. H. von ..... DM = ...

Beihilfe insgesamt .....

Die Beihilfe wird festgesetzt auf rund ....

Sachlich richtig

.....
(Unterschrift, Amtsbezeichnung bzw. Vergütungsgruppe)

Festgestellt

.....
(Unterschrift, Amtsbezeichnung bzw. Vergütungsgruppe)

Formblatt 1 — Seite 4 — Rückseite von Seite 3

....., den ..... 19.....

.....

Az.

1. An

Betr.: Gewährung einer Beihilfe

Bezug: Ihr Antrag vom .....

Anlg.: ..... Rechnungsbelege

Sehr geehrte(r)

Auf Ihren Antrag wird Ihnen die auf der Rückseite berechnete Beihilfe gewährt.

Die vorgelegten Rechnungsbelege erhalten Sie hiermit zurück.

Die Belege sind – soweit sie nicht bei Ihrer Versicherung verbleiben – noch 3 Jahre nach Empfang der Beihilfe aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

Die Beihilfe wird Ihnen wie beantragt ausgezahlt.

Auf die Beihilfe bereits gewährte Abschläge oder Vorschüsse werden bei der Auszahlung verrechnet.

2. Auszahlungsanordnung über ..... DM fertigen. (Formblatt 2)

Abschlag – Vorschuß von ..... DM abziehen. (Beihilfe ..... DM abzüglich ..... DM = ... DM)

Konto des Empfängers: Nr. ..... bei .....

Zeitraum und Höhe der beihilfefähigen Aufwendungen: .... DM

3. In die Haushaltsüberwachungsliste eintragen. . HÜL Nr. .....

Hochachtungsvoll

4. ZdA.

Anmerkungen

1) a) Der Antrag ist in allen Teilen sorgfältig im Durchschreibeverfahren in der Weise auszufüllen, daß die Seite 3 auf der Seite 5 zu liegen kommt. Angaben, für die der Vordruck nicht ausreicht, sind auf einem besonderen Blatt zu machen.

b) Eine Beihilfe wird nur gewährt, wenn der Beihilfeberechtigte sie innerhalb eines Jahres nach Entstehen der Aufwendungen, spätestens jedoch ein Jahr nach der ersten Ausstellung der Rechnung oder einer Bescheinigung über den Geldwert von Sachleistungen, die nicht länger als 1 Jahr zurückliegen, beantragt hat.

2) Den Anträgen sind entweder die Originalrechnungen und Originalrezepte oder von der Krankenkasse oder einer Behörde beglaubigte Abschriften (mit Spezifikation) beizufügen. Die Rechnungsbelege werden nach Bearbeitung zurückgegeben. Aufwendungen, die nicht nachgewiesen sind können bei Festsetzung der Beihilfe nicht berücksichtigt werden. **Pflichtversicherte haben die Leistungen ihrer Krankenkasse zu den geltend gemachten Aufwendungen durch eine Bescheinigung der Kasse nachzuweisen.**

3) Als Unterscheidungsmerkmal genügt die Angabe A = Antragsteller, E = Ehefrau, K (mit Anfangsbuchstabe des Vornamens) = Kind.

4) a) Arztrechnungen sollen die einzelnen ärztlichen Leistungen (Besuche, Operationen usw.) und deren Zeitpunkt ersehen lassen;

b) Zahnarztrechnungen müssen enthalten: Angabe der einzelnen Leistungen oder die entsprechende Nummer der Gebührenordnung für Zahnärzte sowie deren Entstehungszeitpunkt und das geforderte Honorar, ggf. getrennt nach Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz;

c) den Belegen über Heilmittel, Verbandmittel u. dgl. ist stets die schriftliche Verordnung des Arztes im Original oder in beglaubigter Abschrift beizufügen. Rezeptwiederholungen sind nur berücksichtigungsfähig, wenn sie vom Arzt schriftlich verordnet sind oder satzungsgemäß von der Krankenkasse anerkannt wurden.

5) In dieser Spalte sind die Leistungen nur im wesentlichen aufzuführen, z. B. ärztliche Behandlung durch Dr. A – Arzneimittel – ärztlich verordnete Massagen – Zahnbehandlung durch Dr. B usw. Bei Krankenhaus- und Klinikbehandlung ist hier anzugeben: Name des Krankenhauses, Tag der Aufnahme und Entlassung, Pflegeklasse.

Formblatt 1 — Seite 5
Seite 6 (Rückseite): StAnz. S. 723

Anlage zum Beihilfeantrag des ..... vom ..... 19.....

Zusammenstellung der Aufwendungen

Vom Antragsteller auszufüllen						Nicht vom Antragsteller auszufüllen				
Beleg Anm. 2)	Name des Erkrankten Anm. 3)	Entstehung der Aufwendungen bzw. Rechnungsdatum	Art der Leistung Anm. 4) 5)	Rechnungsbetrag DM	Pf	Beihilfefähiger Betrag ..... v. H. DM	Pf	Sachl. § 4 (5) HBeihVO DM	Pf	Bemerkungen

Beihilfefähiger Gesamtbetrag .....

..... v. H. von ..... DM = ...

..... v. H. von ..... DM = ...

..... v. H. von ..... DM = ...

Beihilfe insgesamt .....

Die Beihilfe wird festgesetzt auf rund ....

Sachlich richtig

.....
(Unterschrift, Amtsbezeichnung bzw. Vergütungsgruppe)

Festgestellt

.....
(Unterschrift, Amtsbezeichnung bzw. Vergütungsgruppe)

Der Hessische Kultusminister

523

Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrvikarie St. Kilian in Frankfurt/Main-Sindlingen

Nach Anhörung und Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Limburg verordnet, was folgt:

§ 1

Von der Katholischen Kirchengemeinde St. Dionysius in Frankfurt/Main-Sindlingen wird der nördlich der Höchster Farbenstraße gelegene Teil abgetrennt und für ihn eine eigene Kirchengemeinde mit der Bezeichnung „Katholische Kirchengemeinde St. Kilian Frankfurt/Main-Sindlingen" gebildet. Die genaue Grenze ist die Mitte der genannten Straße.

§ 2

Die im Grundbuchbezirk 60 (Sindlingen) der Gemeinde Frankfurt/Main, Liegebuch 72, Blatt 604 auf die Pfarrei der Katholischen Kirchengemeinde Sindlingen eingetragenen Grundstücke Flur 11, Flurstück 45/1, 46/1, 47/3, 48/3, 50/14, 70/13, 72/4, 154/1, 155/5, 156/4, 157/3 in Gesamtgröße von 5345 Quadratmeter gehen mit den darauf befindlichen Gebäuden in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde St. Kilian Frankfurt/Main-Sindlingen über.

§ 3

Für die neue Kirchengemeinde wird eine Pfarrvikarie mit dem Namen „Katholische Pfarrvikarie St. Kilian Frankfurt/Main-Sindlingen" errichtet. Sie ist eine paroecia amovibilis im Sinne von can. 454 §§ 1 und 2 C. I. C.

Dem Pfarrvikar obliegt die gesamte Pfarrseelsorge im Gebiet der neuen Kirchengemeinde einschließlich der applicatio pro populo und der Notfirmung.

§ 4

Die innerhalb des abgetrennten Gebietes wohnenden Katholiken scheiden aus der Kirchengemeinde und Pfarrei St. Dionysius, zu der sie bisher gehört haben, aus und werden der neuen Kirchengemeinde und Pfarrvikarie St. Kilian zugeteilt.

§ 5

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. 4. 1968.

Wiesbaden, 9. 4. 1968

Der Hessische Kultusminister
V 4 — 883/02 — 128
StAnz. 18/1968 S. 729

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

524

Bekämpfung der Hühnerpest

Mein Erlaß Nr. 145 vom 9. Juni 1960 (StAnz. S. 778) wird mit Wirkung vom 1. April 1968 aufgehoben.

Wiesbaden, 8. 4. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
III B 3 — 19 b 26/23 — Nr. 217
StAnz. 18/1968 S. 729

525

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen.

Bevölkerungszahl: 5 243 991 Monat: März 1968 (3. 3.—30. 3. 1968) (Monat setzt sich aus 4 Wochen zusammen)

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todesfall	Enteritis infectiosa: Salmonellose	Enteritis infectiosa: übrige Formen	übertragbare Gehirnentzündung	Übertrg. Kinderlähmung: insgesamt	Übertrg. Kinderlähmung: davon paralytisch	Ornithose: Psittakose	Ornithose: übrige Formen	Paratyphus A und B	Ruhr: Bakterielle Ruhr	Ruhr: Amöbenruhr	Typhus abdominalis	Diphtherie	Scharlach	Brucellose: Bang'sche Krankheit	Brucellose: Maltafieber	Brucellose: übrige Formen	Übertr. Hirnhautentzündung: Meningokokken-Meningitis	Übertr. Hirnhautentzündung: übrige Formen	Hepatitis infectiosa	Leptospirose: Weil'sche Krankheit	Leptospirose: Feldfieber	Leptospirose: Canicolafieber	Leptospirose: übrige Formen	Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)	Toxoplasmose	Malaria	Wundstarrkrampf		Todesfall an: Grippe (Virusgrippe)	Todesfall an: Keuchhusten	Todesfall an: Masern
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E	6	—	—	—	—	—	—	2	1	1	—	—	49	—	—	—	3	19	37	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reg.-Bezirk KASSEL	E	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	37	—	—	—	3	11	17	—	—	—	—	(12)	2	—	—	—	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E	3	2	—	—	—	—	—	4	2	—	1	1	78	—	—	—	5	4	57	—	—	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Land HESSEN	E	10	2	—	—	—	—	—	6	3	1	8	1	164	—	—	—	11	34	111	—	—	—	—	1	4	1	1	—	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	—	—	—	—	(12)	—	—	—	—	—	—	—

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 8. 4. 1968

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— III A 5 —
StAnz. 18/1968 S. 729

526

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Waldarbeiter des Landes;

hier: Gewährung des Sterbegeldes nach § 40 HSFT II an Hinterbliebene eines Waldarbeiters, dessen Arbeitsverhältnis zur Staatsforstverwaltung wegen Einberufung zum Wehrdienst geruht hat.

Mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen bin ich damit einverstanden, daß auch den Hinterbliebenen eines Waldarbeiters, dessen Arbeitsverhältnis zur Staatsforstverwaltung wegen Einberufung zum Wehrdienst geruht hat, Sterbegeld nach § 40 HSFT II gewährt wird.

Wiesbaden, 12. 3. 1968

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
III A 3 3420 T 10
StAnz. 18/1968 S. 730

527

Auflösung der Hess. Forstwartei Vielbrunn, Hess. Forstamt Michelstadt

Mit Erlaß vom 4. 4. 1968, III B 1 — 653 — O 32 wurde die Auflösung der Hess. Forstwartei Vielbrunn zum 1. 4. 1968 angeordnet. Die Waldflächen werden auf die angrenzenden Betriebsbezirke aufgeteilt.

Wiesbaden, 8. 4. 1968

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
III B 1 — 653 — O 06
StAnz. 18/1968 S. 730

528

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

a) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Hans Beurenmeister (15. 12. 1967); Friedrich Kurt Fröhlich (28. 12. 1967);

zur **Kriminaloberkommissarin** die Kriminalkommissarin (BaL) Johanna Steinhäuser (28. 12. 1967);

b) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Polizeikommissar** Polizeimeister (BaL) Eugen Kremer (28. 12. 1967);

c) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum **Polizeikommissar** Polizeimeister (BaL) Wolfgang Koeck (18. 12. 1967);

d) Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Wolfgang Himmelmann (1. 12. 1967);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Günter Hild (18. 12. 1967); Herbert Mühlhause (19. 12. 1967); Horst Rudi Harras (20. 12. 1967); Wilfried Bangert (22. 12. 1967); Hans Karl Bernhardt (22. 12. 1967); Manfred Becker (23. 12. 1967); Dieter Schmidt (23. 12. 1967); Gerhard Warnecke (23. 12. 1967);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Wolfgang Müller (15. 12. 1967); Hermann Homburg (23. 12. 1967); Bodo Weitowitz (23. 12. 1967);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Hans Werner Engelhardt (21. 12. 1967); Horst Brill, Detlef Harder, Klaus Krämer, Albert Noll, Heinrich Stock, Peter Voß (sämtl. 22. 12. 1967); Hans-Jürgen Brendel, Wolfgang Fricke, Hans-Rüdiger Hoos (sämtl. 23. 12. 1967); Er*hard Schneider (24. 12. 1967)*; Günter Drommershausen, Gerhard Reußwig, Gottfried Schwanzer (sämtl. 27. 12. 1967); Wolfgang Recht (29. 12. 1967);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Wolfgang Augustin, Helmut Bauer, Hans-Joachim Beißert, Hans-Joachim Böhm, Karl Brunnengräber, Peter Diemer, Frank-Volmar Fischer, Klaus-Dieter Förster, Hans Friedrich, Manfred Geyer, Ludwig Götz, Jürgen Uwe Grün, Horst Hafner, Karl-Heinz Heß, Rolf Klose, Reiner Kniese, Karl Hans Kraft, Gerd Kretschmer, Joachim Krissel, Werner Kurth, Hans-Dieter Lehnert, Bernd Limpert, Werner Ludwig, Roland May, Rainer Moss, Karl Nichtern, Herbert Nowitzki, Ulrich Petri, Günther Petz, Alexander Pfeiffer, Karlheinz Pfister, Dietmar Riemenschneider, Heinz-Günther Römer, Jürgen Römer, Erich Ruppert, Hans-Ulrich Seetzen, Paul Sehlbach, Werner Schäufler, Hans Scheller, Bernd Schloßer, Walter Schmidt, Hans-Peter Schneider, Willi Schomber, Bernhard Schulz, Hans Dieter Schwalm, Otto Schwarzer, Burkhard Stoll, Karl-Heinz Stork, Karl Thielen, Karl-Heinz Trost, Albert Turba, Robert Wagner, Eugen Welsch, Detlef Wembacher, Peter Wolfenstädter (sämtl. 4. 1. 1968); Karl Alix, Günter Arhelger, Hans-Peter Arnold, Klaus Arnold, Helmut Baier, Manfred Bayer, Dagobert Beyer, Wolfgang Blümler, Robert Bremberger, Rudolf Brozio, Willi Dauth, Hartmut Dillbahner, Otto Dillbahner, Gerhard Eckhardt, Manfred Ensinger, Norbert Fritz, Karl-Dieter Georg, Franz-Josef Haiser, Gerhard Heiliger, Franz-Josef Hock, Dieter Istel, Harald Kayser, Herbert Keuth, Peter Kildau, Frank Köbler, Karl Kowoll, Peter Lauer, Peter Lenz, Bernd Lesczensky, Rainer Nierlein, Klaus Paschkewitz, Peter Probst, Dieter Radestock, Arnold Ritter, Dieter Sauer, Rolf Sauer, Wolfgang Schaub, Erich Schmitt, Reinhard Schüssler, Rolf Schuhmann, Michael Seifert, Werner Suhl, Karl-Heinz Uhrig, Friedrich Vollmer, Peter Wachtel, Lothar Wilhelm (sämtl. 9. 1. 1968); Wilfried Adam, Manfred Ahlborn, Hans-Joachim Albrecht, Meinhard Andres, Hubert Bach, Otto Bach, Eberhard Bauer, Dieter Beck, Peter Bergande, Horst Berz, Horst Bockemühl, Jörg Boese, Martin Bohn, Hans Werner Boucsein, Jörg Braun, Karl-Heinz Brehme, Hans-Jürgen Buhse, Dieter Daley, Holger Ditzel, Hans Jürgen Dörmer, Johann Dostal, Günter Eckhardt, Frank Errlich, Raimund Fay, Gerd Freier, Walter Friedrich, Reiner Gasse, Axel Gelbke, Willi Genzler, Dieter Gottschalk, Hans-Walter Hartmann, Günter Hasselbach, Günther Heise, Lothar Ibis, Gerhard Jahn, Ulrich Jarkow, Peter Kern, Horst Koch, Peter Larem, Peter Lehmann, Werner Lehnert, Josef Leitsch, Heinz-Bernd Lemke, Heinz Lichte, Kurt Löffler, Karl-Heinz Michel, Werner Mosler, Siegfried Niesytto, Alfred Noltsch, Wolfgang Ott, Gerhard Picard, Rüdiger Posdiena, Michael Rauhöft, Rudolf Reichel, Ralf-Peter Reinhardt, Herbert Riehl, Karl-Heinz Ringhofer, Manfred Rosenau, Rainer Rüth, Hans-Dieter Schäfer, Hermann Schartau, Wolfgang Schiege, Werner Schimek, Manfred Schlesinger, Bernd Schlund, Klaus Schulz, Walter Schulz, Helmut Siebert, Heinz-Friedrich Steffes, Günter Storch, Helmut Teutsch, Bernd Weferling, Norbert Zeller (sämtliche 11. 1. 1968);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeikommissare (BaP) Gerhard Klüber (8. 12. 1967); Rudolf Kroker (27. 12. 1967); die Polizeimeister (BaP) Wilhelm Heiliger, Werner Kunze, Klaus Dieter Rosenstiel, Alois Schindler (sämtl. 21. 12. 1967); Gerhard Wolfgang Langguth (22. 12. 1967); Herbert Lawrenz (22. 12. 1967);

entlassen

die Polizeioberwachtmeister (BaP) Horst Mühlhausen (31. 12. 1967); Udo Reuter (31. 12. 1967);

die Polizeiwachtmeister Werner Klanke (15. 12. 1967); Günter Archutowski, Peter A. Eckert, Michael Ellmerich, Hans Gathmann, Harald Hammerschmidt, Jürgen Hof, Leonhard Kral, Wolfgang Kreth, Rudolf Laub, Winfried Löbl, Raimund Meier, Wilfried Moritz, Falko Müller, Horst Peter, Thomas Scholl, Hansjürgen Sigel, Max Strung, Horst Wilhelm (sämtliche 31. 12. 1967);

e) Hessische Polizeischule

ernannt

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Eberhard Kratz (22. 12. 1967); Paul Weitzel (22. 12. 1967);

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Klaus Rödel (27. 12. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeikommissar (BaP) Jürgen Ganschow (19. 12. 1967); Polizeiobermeister (BaP) Herbert Keßler (21. 12. 1967); Polizeimeister (BaP) Günter Warmons (7. 12. 1967);

entlassen

Polizeiwachtmeister (BaP) Günter Bail (31. 12. 1967);

f) Hessisches Landeskriminalamt

ernannt

zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Ernst Freitag, Walter Meier, Leo Unbescheiden, Rudolph Werner (sämtliche 14. 12. 1967); Robert Ambos (15. 12. 1967); Georg-Heinz Hilpert (19. 12. 1967); Heinrich Gossmann (20. 12. 1967); Kriminalkommissar (BaP) Wolfgang Fach (14. 12. 1967);

zum **Polizeihauptwachtmeister** Polizeioberwachtmeister (BaP) Gert Leibling (15. 12. 1967);

g) Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Reg.-Sekretär (BaL)** Reg.-Sekretär z. A. Heinrich Düllberg (29. 12. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Reg.-Rat (BaL) Franz Wendler (31. 12. 1967); Reg.-Oberinspektor (BaL) Wilhelm Rickert (31. 12. 1967);

h) Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaP) Peter Ballay (12. 12. 1967);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Fredi Bausch (13. 12. 1967); Norbert Müller (15. 12. 1967);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Walter Brückner, Gerhard Noll, Klaus Dieter Schäfer, Horst Scheib (sämtliche 21. 12. 1967); Polizeiwachtmeister (BaP) Bernhard Pickel (21. 12. 1967).

Wiesbaden, 10. 4. 1968

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14

StAnz. 18/1968 S. 730

b) staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt

ernannt

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Alfred Glier, Landrat PK Friedberg (22. 2. 1968); Wolfgang Raacke, PVB Butzbach (24. 2. 1968); Heinrich Merz, Landrat PK Büdingen (23. 2. 1968);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Volker Zintel, Landrat PK Darmstadt (22. 2. 1968); Alfred Cerny, Landrat PK Friedberg (28. 3. 1968);

zu **Polizeimeistern unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Eberhard Hohl, Landrat PK Alsfeld (16. 1. 1968); Reinhard Glienke, Landrat PK Alsfeld (26. 1. 1968); Erwin Schmidt, Landrat PK Alsfeld (26. 1. 1968); Rolf-Rüdiger Kühlborn, Landrat PK Alsfeld (26. 1. 1968); Dieter Heise, PVB Darmstadt (29. 1. 1968); Harald Zarges, PVB Darmstadt (29. 1. 1968); Christoph Hubl, PVB Darmstadt (23. 2. 1968); Martin Spalt, Landrat PK Darmstadt (29. 3. 1968);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Herbert Menges, PVB Darmstadt (8. 2. 1968); Manfred Zerfaß, PVB Darmstadt (8. 2. 1968); Helmut Drexler, Landrat PK Friedberg (14. 2. 1968); Karl Schmidt, Landrat PK Groß-Gerau (11. 2. 1968); Gerhard Steitz, PVB Butzbach (8. 2. 1968);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeimeister Walter Nowak, Landrat PK Büdingen (30. 1. 1968); Uwe Künnecke, Landrat PK Groß-Gerau (22. 2. 1968); Klaus Rink, Landrat PK Friedberg (14. 3. 1968); Dieter Volk, Landrat PK Bergstraße (20. 3. 1968); Heini Schmidt, Landrat PK Offenbach (26. 3. 1968); Horst-Detlev Schulz, Landrat PK Offenbach (28. 3. 1968); Eberhard Schreiber, Landrat PK Offenbach (26. 3. 1968); Leopold Rudisch, Landrat PK Offenbach (26. 3. 1968); Ottmar Reich, Landrat PK Offenbach (27. 3. 1968); die Polizeihauptwachtmeister Norbert Dünker, PVB Darmstadt (14. 2. 1968); Adolf Apel, PVB Darmstadt (14. 2. 1968); Horst Kampmann, PVB Darmstadt (14. 2. 1968); Heinz Hans Ochsenreiter, PVB Darmstadt (14. 2. 1968); Robert Best, Landrat PK Groß-Gerau (15. 2. 1968); Lothar Herschelmann, PVB Darmstadt (15. 3. 1968); der Polizeiobermeister Günter Töpfer, EdS Darmstadt (20. 3. 1968); der Kriminalmeister Horst Grimme, StKK Offenbach (22. 2. 1968);

in den Ruhestand versetzt

die Polizeiobermeister Ludwig Arnold, Landrat PK Erbach (1. 2. 1968); Heinrich Hartmann, PVB Darmstadt (1. 3. 1968); Heinrich Plößer, Landrat PK Darmstadt (1. 3. 1968); die Polizeihauptmeister Erwin Sperka, Landrat PK Friedberg (1. 4. 1968); Walter Breithaupt, PVB Butzbach (1. 4. 1968); Ernst Keller, Landrat PK Offenbach (1. 4. 1968); Paul Jahnecke, Landrat PK Gießen (1. 4. 1968); Heinrich Olf Landrat PK Bergstraße (1. 4. 1968); Wilhelm Roß, PVB Darmstadt (1. 4. 1968); die Polizeiobermeister Alfred Stemmler, Landrat PK Bergstraße (1. 4. 1968); Gerhard Ohnesorge, Landrat PK Bergstraße (1. 4. 1968); Heinrich Hengst, Landrat PK Friedberg (1. 4. 1968); Gustav Hofmann, Landrat PK Gießen (1. 4. 1968); Karl Krause, Landrat PK Offenbach (1. 4. 1968); Adam Lang, Landrat PK Friedberg (1. 4. 1968); die Polizeimeister Ernst Schuster, Landrat PK Lauterbach (1. 4. 1968); Georg Schäfer, Landrat PK Groß-Gerau (1. 4. 1968); Kriminalobermeister Heinz Röseler, StKK Gießen (1. 2. 1968); die Kriminalhauptmeister Friedrich Schmidt, StKK Heppenheim (1. 4. 1968); Erhard Matthäus, StKK Heppenheim (1. 4. 1968);

verstorben

Polizeiobermeister Ludwig Schöcker, Landrat PK Friedberg (1. 2. 1968); Polizeihauptmeister Bernhard Hartmann, Landrat PK Darmstadt (23. 2. 1968);

die nachstehend aufgeführten ehemaligen Beamten i. BGS wurden mit Wirkung vom 1. April 1968 als **Polizeihauptwachtmeister unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe** eingestellt

Wolfgang Berger, PVB Butzbach; Werner Janke, PVB Butzbach; Karl Heinz Schulte, Landrat PK Friedberg; Klaus Winzer, Landrat PK Friedberg; Horst Günther, Landrat PK Heppenheim; Dietrich Miczka, Landrat PK Heppenheim; Karl Stein, PVB Darmstadt; Manfred Wilms, Landrat PK Bergstraße; Siegfried Winter, Landrat PK Gießen;

entlassen

die Polizeimeister Helfried Homuth, Landrat PK Darmstadt, mit Ablauf des 31. 1. 1968 auf eigenen Antrag; Polizeimeister Peter Loos, Landrat PK Bergstraße, mit Ablauf des 31. 3. 1968 auf eigenen Antrag; Kriminalmeister Rudi Leier, StKK Heppenheim, mit Ablauf des 29. 2. 1968.

Darmstadt, 4. 4. 1968

Der Regierungspräsident
I/3 S/6 — 7 1 02
StAnz. 18/1968 S. 731

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

a) Ministerium

ernannt

zum **Staatssekretär** Ministerialdirigent (BaL) Alfred Flick (26. 3. 1968).

Wiesbaden, 8. 4. 1968

Der Hessische Minister der Justiz
Az.: ZB pers. F 10
StAnz. 18/1968 S. 732

Verschiedenes

529

Brandversicherungsbeitrag für das Kalenderjahr 1967

Mit Genehmigung des Herrn Hessischen Ministers des Innern vom 5. April 1968 — Az.: — IV B 11 — 33 c — 022 — 351 — erhebt die Hessische Brandversicherungsanstalt Darmstadt für das Kalenderjahr 1967 einen Beitrag von 0,189 DM je 100,— DM Umlagekapital.

Der Beitrag wird zum 2. Mai 1968 auf besondere Anforderung fällig und ist an die in der Anforderung angegebene Zahlstelle zu entrichten.

Darmstadt, 9. 4. 1968

Hessische Brandversicherungskammer
3 b — 12/II/1
StAnz. 18/1968 S. 732

530

HESSISCHE BRANDVERSICHERUNGSANSTALT, DARMSTADT

Bilanz zum 31. Dezember 1966

AKTIVA

	DM	DM
I. Grundstücke		1 110 653,—
II. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		28 202,02
III. Schuldscheinforderungen und Darlehen		255 972,33
IV. Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder		
1. Ausgleichsforderungen		
a) bestätigt	3 575 392,29	
b) noch nicht bestätigt	—,—	
	3 575 392,29	
2. Sonstige Schuldbuchforderungen	—,—	3 575 392,29
V. Beteiligungen und Wertpapiere		
1. Beteiligungen	—,—	
2. Wertpapiere einschl. Aktien	6 296 083,10	
3. Eigene Aktien	—,—	6 296 083,10
VI. Forderungen		
1. an Konzernunternehmen		
a) bei den Vorversicherern gestellte Sicherheiten	—,—	
b) sonstige Forderungen	—,—	
	—,—	
2. an Versicherungsunternehmen, die nicht Konzernunternehmen sind		
a) bei den Vorversicherern gestellte Sicherheiten	—,—	
b) sonstige Forderungen	2 729,63	2 729,63
VII. Forderungen aus Krediten an Vorstandsmitglieder sowie an leitende Beamte und Angestellte und an Verwaltungsratsmitglieder		—,—
VIII. Außenstände		
1. bei Vertretern	—,—	
2. bei Versicherungsnehmern	13 963 649,47	13 963 649,47
IX. Kassenbestand sowie Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und Postscheckguthaben		20 348,40
X. Guthaben bei Geld- und Kreditinstituten (außer Deutsche Bundesbank)		5 419 355,02
XI. Wechsel und Schecks		—,—
XII. Zins- und Mietforderungen		164 646,17
XIII. Betriebseinrichtung		33 261,—
XIV. Sonstige Aktiva		968 430,35
XV. Posten der Rechnungsabgrenzung		2 542,85
		31 841 265,63
Für das Hessische Ministerium des Innern treuhänderisch verwaltete Feuerschutzsteuermittel		812 849,15

PASSIVA

	DM	DM
I. Rücklagen		
1. Rücklagen nach Art. 59 a und 60 des Brandversicherungsgesetzes		
a) Betriebsfonds	2 819 837,82	
b) Reservefonds	5 639 675,63	
	8 459 513,45	
2. Sonstige (freie) Rücklagen	—,—	8 459 513,45
II. Atomanlagen-Rücklage		52 000,—
III. Wertberichtigungen		36 259,90
IV. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		—,—
V. Schadensrückstellung	10 298 177,—	
hiervon ab: Anteil für abgegebene Rückversicherung	— 1 896 546,22	8 401 630,78
VI. Rückstellung für Schadenbearbeitungskosten		39 333,40
VII. Schwankungsrückstellung		2 144 094,—
VIII. Sonstige allgemeine Rückstellungen		8 180 630,05
IX. Verbindlichkeiten		
1. gegenüber Konzernunternehmen		
a) für einbehaltene Sicherheiten aus dem Rückversicherungsverkehr	—,—	
b) sonstige Verbindlichkeiten	—,—	
	—,—	
2. gegenüber Versicherungsunternehmen, die nicht Konzernunternehmen sind		
a) für einbehaltene Sicherheiten aus dem Rückversicherungsverkehr	—,—	
b) sonstige Verbindlichkeiten	424 188,05	424 188,05
X. Sonstige Passiva		4 095 537,93
XI. Posten der Rechnungsabgrenzung		8 078,07
		31 841 265,63
Für das Hessische Ministerium des Innern treuhänderisch verwaltete Feuerschutzsteuermittel		812 849,15

Dr. Wolfgang Heubaum
Wirtschaftsprüfer

Darmstadt, den 20. September 1967

Hessische Brandversicherungskammer
3 b — 10/II/1

Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1966

EINNAHMEN

	DM	DM
I. Überträge aus dem Vorjahr		
1. Deckungsrückstellung	—,—	
2. Beitragsüberträge für eigene Rechnung	—,—	
3. Schadensrückstellung für eigene Rechnung	7 757 185,99	
4. Rückstellung für Schadenbearbeitungskosten	34 936,—	
5. Schwankungsrückstellung	2 144 094,—	
6. Rückstellung für Beitragsrückerstattung	—,—	9 936 215,99
II. Beitragseinnahmen		13 854 138,29
III. Nebenleistungen der Versicherungsnehmer		—,—
IV. Vermögenserträge	731 694,97	
hiervon ab: anteilige Kosten der Vermögensverwaltung	— 10 380,54	721 314,43
V. Gewinne aus Vermögensanlagen		
1. Kursgewinne	10 386,—	
2. Sonstige Gewinne	—,—	10 386,—
VI. Außerordentliche Einnahmen		2 560,39
VII. Sonstige Einnahmen		98 060,14
VIII. Versicherungssteuer		666 226,35
		25 288 901,59

AUSGABEN

	DM	DM
I. Leistungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung		
1. gezahlt	5 686 982,08	
2. zurückgestellt	8 401 630,78	14 088 612,86
II. Schadenbearbeitungskosten für eigene Rechnung		
1. gezahlt	95 782,05	
2. zurückgestellt	39 333,40	135 115,45
III. Aufwendungen für Schadenverhütung und Schadenbekämpfung		
1. Feuerschutzsteuer	1 439 920,14	
2. Aufwendungen für Schadenverhütung	750 552,84	
3. Aufwendungen für Schadenbekämpfung	5 547,29	2 196 020,27
IV. Rückversicherungsbeiträge		1 641 821,53
V. Verwaltungskosten für eigene Rechnung		
1. Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter (hier: Gebühren an Katasterämter, Stadt- u. Kreiskassen)	1 026 786,13	
2. Sonstige Verwaltungskosten	1 495 080,01	2 521 866,14
VI. Schuldzinsen		—,—
VII. Abschreibungen und Wertberichtigungen		
1. Abschreibungen	73 388,48	
2. Wertberichtigungen	—,—	73 388,48
VIII. Verluste aus Vermögensanlagen		70,50
IX. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		—,—
X. Schwankungsrückstellung		2 144 094,—
XI. Atomanlagen-Rücklage		12 000,—
XII. Steuern und öffentliche Abgaben des Unternehmens		
1. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	424 780,50	
2. Sonstige Steuern und Abgaben	4 839,67	429 620,17
XIII. Zuweisungen an		
1. Betriebsfonds	130 292,56	
2. Reservefonds	260 585,09	390 877,65
XIV. Sonstige Ausgaben		
1. Aufwendungen für die Altersversorgung	481 928,35	
2. Zuführungen zur Pensionsrückstellung	219 457,—	
3. Sonstige Aufwendungen	287 802,84	989 188,19
XV. Versicherungssteuer		666 226,35
		25 288 901,59

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach meiner pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Düsseldorf, den 10. Oktober 1967

Dr. Wolfgang Heubaum
Wirtschaftsprüfer

StAnz. 18/1968 S. 732

531 **DARMSTADT**

Regierungspräsidenten

Auflösung des Büdinger Pferdeversicherungsvereins in Büdingen

Der Büdinger Pferdeversicherungsverein in Büdingen hat durch seine ordentliche Mitgliederversammlung am 27. Januar 1968 die Auflösung mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 10. 4. 1968

Der Regierungspräsident
I/1 a — 39 i 02/01
StAnz. 18/1968 S. 733

532 **WIESBADEN**

Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gelnhausen und Schlüchtern „Landschaftsschutzgebiet Kinzig"

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des 3. Änderungsgesetzes vom 20. 1. 1938 (RGBl. I S. 36) sowie des § 13 der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. 9. 1938 (RGBl. I S. 1184) in Verbindung mit § 1 des Hessischen Gesetzes über die Zuständigkeit nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Ermächtigung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten — oberste Naturschutzbehörde — folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die in § 2 dieser Verordnung näher bezeichneten und in der Landschaftsschutzkarte des Regierungspräsidenten in Wiesbaden — höhere Naturschutzbehörde — mit grüner Umrandung kenntlich gemachten Landschaftsteile im Bereich der Landkreise Gelnhausen und Schlüchtern werden mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Verordnung dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

(2) Der Bereich innerhalb der räumlichen Geltung eines Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz und innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist nicht in das Landschaftsschutzgebiet einbezogen.

(3) Die Landschaftsschutzkarte gilt als Teil dieser Verordnung. Sie ist in ihrer maßgeblichen Ausfertigung bei dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden niedergelegt. Weitere Ausfertigungen befinden sich bei den Kreisausschüssen der Landkreise Gelnhausen und Schlüchtern.

§ 2

Das Landschaftsschutzgebiet ist in den Meßtischblättern Nr. 5521, 5522, 5523, 5524, 5621, 5622, 5623, 5624, 5720, 5721, 5722, 5723, 5724, 5820, 5821, 5822, 5823, 5920, 5922 und 5923 durch grüne Umrandung kenntlich gemacht. Die Grenze verläuft —

beginnend an dem Punkt, an dem die Gemarkungsgrenze zwischen den Gemeinden Radmühl/Kreis Gelnhausen, und Sarrod/Kreis Schlüchtern, auf die Grenze des Regierungsbezirks Wiesbaden trifft — unter Einschluß des gesamten Kreisgebietes Schlüchtern in ostwärtiger Richtung entlang der Kreis- und Regierungsbezirksgrenze, bis diese im Raum Uttrichtshausen auf die Landesgrenze Hessen/Bayern trifft. Von hier folgt sie in südlicher bzw. westlicher Richtung der Landesgrenze bis zur Landesstraße 3339 im Gemarkungsbereich von Neuses, Kreis Gelnhausen, und von dort entlang der Landesstraße 3339 bis zur Einmündung der Kreisstraße 896, dieser folgend bis zur Abzweigung der ehemaligen Kreisstraße 896 — jetzt Gemeindestraße — dieser alsdann entlang in nordostwärtiger Richtung bis zum Waldrand des Distrikts 22 des Gemeindewaldes Altenmittlau, diesem unter Einschluß des „Riesnküppels" folgend, bis dieser wiederum auf die ehemalige Kreisstraße 896 trifft. Von hier verläuft die Grenze weiter entlang der Kreisstraße 896 bis zur Einmündung in die Landesstraße 3269, dieser in Richtung Altenmittlau folgend und weiter über Niedermittlau bis zur Einmündung in die Bundesstraße 43. Dieser folgt sie alsdann in nordostwärtiger Richtung bis zur Kreisstraße 904. Von dort — das Kinzigtal durchquerend — verläuft die Grenze entlang der Kreisstraße 904 in Richtung Lieblos — die Bundesstraße 40 schneidend — alsdann entlang der Landesstraße 3333 über Lieblos bis zur Einmündung in die B 457 und dieser weiterfolgend bis zur Kreisgrenze Gelnhausen-Büdingen (zugleich Regierungsbezirksgrenze). Von da aus verläuft die Grenze des Landschaftsschutzgebietes in nördlicher Richtung entlang der Kreis- und Bezirksgrenze wiederum bis zu dem Punkt, an dem die Gemarkungsgrenze zwischen den Gemeinden Radmühl/Sarrod auf die Grenze des Regierungsbezirks Wiesbaden trifft.

§ 3

(1) Es ist verboten, innerhalb des unter Schutz gestellten Gebietes Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuß zu beinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.

(2) Verboten ist insbesondere:

a) die Errichtung von Bauwerken aller Art (so z. B. Wohngebäude, gewerbliche Bauwerke, Wochenendhäuser), auch von solchen, die keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen (wie Gartenhütten, Kleintierställe etc.);

b) das Zelten, sowie das Aufstellen von Wohnwagen außerhalb der hierfür von der höheren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätze und das Parken von Kraftfahrzeugen außerhalb der öffentlichen Verkehrsflächen und der für den öffentlichen Verkehr zugelassenen Wege und Plätze, mit Ausnahme des Anlieger- sowie des land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs;

c) das Ablagern von Abraum, Müll und Schutt aller Art an anderen als den mit Zustimmung der höheren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätze, sowie jede sonstige Verunreinigung der Landschaft, insbesondere der Gewässer;

d) das Waschen und Pflegen von Kraftfahrzeugen an Gewässern und auf Parkplätzen;

e) das Anbringen von Tafeln, Schildern, Inschriften sowie aller Anlagen der Außenwerbung. Unter dieses Verbot fallen nicht Schilder, die sich auf den öffentlichen Verkehr oder den Landschaftsschutz beziehen;

f) die Errichtung von Einfriedigungen;

g) die Beseitigung oder Beschädigung vorhandener Hekken, Bäume und Gehölze. Hierunter fallen nicht pflegerische Maßnahmen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, die dem Zweck dieser Verordnung nicht widersprechen;

h) die Beschädigung, Veränderung oder Beseitigung von Resten kulturgeschichtlicher Bodenaltertümer, soweit es sich nicht um genehmigte Grabungen zu wissenschaftlichen Zwecken handelt;

i) das Feilhalten von Waren aller Art auf sogenannten fliegenden Ständen.

(3) Beim Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen im Sinne des Abs. 1 sind auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden — höhere Naturschutzbehörde — zu beseitigen oder zu mildern, wenn dies dem Betroffenen zuzumuten ist.

§ 4

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben

a) die landwirtschaftliche und die forstwirtschaftliche Nutzung des Grund und Bodens,

b) die Ausübung der Jagd und Fischerei entsprechend dem Bundesjagdgesetz in der Fassung vom 30. 3. 1961 (BGBl. I S. 304), dem Fischereigesetz für das Land Hessen vom 11. 11. 1950 (GVBl. S. 255) und den zu diesen Gesetzen ergangenen Ausführungsverordnungen.

(2) Bauliche Maßnahmen, die den in Absatz 1 a) und b) genannten Nutzungen dienen, bedürfen jedoch der Genehmigung der höheren Naturschutzbehörde gemäß § 5.

(3) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der Sicherung der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, der Gewässerunterhaltung und dem Gewässerausbau und dergleichen dienen.

§ 5

(1) Die höhere Naturschutzbehörde kann aus wichtigen Gründen Ausnahmen von den Verboten des § 3 zulassen.

(2) Ausnahmegenehmigungen können auf Widerruf erteilt werden und sind mit Auflagen zu versehen, wenn dies aus Gründen des Landschaftsschutzes erforderlich ist.

(3) Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen kann den unteren Naturschutzbehörden für den durch diese Verordnung geschützten Bereich des jeweiligen Kreisgebietes übertragen werden.

(4) Ausnahmegenehmigungen von den Verbotsvorschriften dieser Verordnung ersetzen nicht etwaige nach anderen Vorschriften erforderliche Genehmigungen.

§ 6

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und dem § 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 7

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 5. 4. 1968

Der Regierungspräsident
III 7 a N — 5 — 46 b — 14 — 45
In Vertretung
gez. Kaulich i. V.

StAnz. 18/1968 S. 733

533

Öffentliche Zustellung eines Widerspruchsbescheides

In der Widerspruchssache des Herrn Felipe José Garcia-Ferreira, geboren am 13. 8. 1944 in La Coruna/Spanien, zuletzt wohnhaft in Camberg, Kreis Limburg, gegen das Land Hessen, vertreten durch den Landrat in Limburg, wegen Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik Deutschland, gebe ich bekannt, daß der Widerspruchsbescheid in Erfüllung des § 1 Hess. VwZG vom 14. 2. 1957 (GVBl. 1957, S. 9) in Verbindung mit § 15 VwZG des Bundes vom 3. 7. 1952 (BGBl. S. 379) bei dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Taunusstr. 51, Zimmer 207, ausliegt.

Wiesbaden, 20. 3. 1968

Der Regierungspräsident
I 3 — (3) — 23 d
Tgb.-Nr. 80/68

StAnz. 18/1968 S. 734

Buchbesprechungen

Sammlung tierseuchenrechtlicher Vorschriften. Von Geissler, A., Rojahn, A. 1. Ergänzungslieferung; Stand 1. Februar 1968. 21,70 Deutsche Mark. Gesamtwerk 36,— DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Schon kurze Zeit nach Erscheinen des Werkes wird bereits eine notwendig gewordene Ergänzung vorgelegt. Dadurch ist das Nachschlagwerk erfreulich aktuell und für den täglichen Gebrauch fast unentbehrlich geworden. Die umfangreiche Ergänzung bringt die Änderungsvorschriften zu den Bundesratsausführungsbestimmungen der Schweinepest, der Rindertuberkulose und der Brucellose, ferner die Änderungen der Klauentiereinfuhr-, der Italien-, der Knocheneinfuhr-, der Ausfuhr-Verordnung, die neue Affeneinfuhrverordnung, die Liste der EWG-Ein- und Ausfuhrmärkte sowie die geänderten Rinderleukose- und MKS-Impfstoff-Richtlinien.

Die Anschaffung des Werkes kann nur empfohlen werden.

Ministerialrat Dr. Zinn

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN"

1968 | Montag, den 29. April 1968 | Nr. 18

Veröffentlichungen

1613

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der von uns auf den Namen Hans Kraft, Feldschütz, geboren am 25. Februar 1931, ausgestellte Dienstausweis Nr. 81, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

614 Bensheim, 10. 4. 1968

Der Magistrat der Stadt Bensheim

1614

Bekanntmachung

Einziehung eines öffentlichen Weges; hier: Flur I., Nr. 267.

Der in der Gemarkung 6471 Rodenbach gelegene Weg, Flur I, Nr. 267, wird mit Wirkung vom 30. September 1968 eingezogen, da ein Bedürfnis für dessen Beibehaltung nicht mehr besteht. Mit diesem Zeitpunkt endet für dieses Flurstück die Eigenschaft als öffentlicher Weg.

Gemäß § 6 Abs. 3 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 (GVBl. S. 437) wird die Einziehung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Einsprüche gegen dieses Vorhaben sind innerhalb von drei Monaten, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab, beim Gemeindevorstand in Rodenbach einzulegen.

Die Flurkarte kann auf der Bürgermeisterei eingesehen werden.

6471 Rodenbach, 19. 4. 1968

Der Gemeindevorstand

1615 Aufgebote

C 67/68 — **Aufgebot:** Der Steinmetzmeister Hermann Abel, 6419 Ufhausen, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin des im Grundbuch von Ufhausen, Band 7, Artikel 198, eingetragenen Grundstücks,

Ufhausen, Flur 15, Flurstück 1, Ackerland, Am Niederstein, Größe 7,96 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragene Eigentümerin, die ledige Anna Katharina Abel, in Unterufhausen, wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 11. Juli 1968, um 9.15 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 20. 3. 1968 **Amtsgericht**

1616 Güterrechtsregister

GR 329: Horst Werner Ochs, Tankwart und Gastwirt, und Johanna Amalie Renate, verwitwete Prillwitz, geb. Dude, in Renzendorf.

Durch Vertrag vom 31. Oktober 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 9. 4. 1968 **Amtsgericht**

1617

Neueintragung

6 GR 442: Ehegatten: Kaufmann Friedrich Heinrich — genannt: Heinz — Sassmannshausen, und Lilli, geb. Werner, in Dillenburg.

Durch Vertrag vom 9. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

634 Dillenburg, 9. 4. 1968 **Amtsgericht**

1618

6 GR 533 — 5. 4. 1968: Kfz.-Schlosser Berthold Paul Georg Schellhase und Ehefrau Ute, geb. Schneider, Oetmannshausen (Krs. Eschwege), Dorfstraße 17.

Durch Vertrag vom 11. März 1968 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

344 Eschwege, 19. 4. 1968 **Amtsgericht**

1619

GR II 266 a — 20. März 1968: Schreinermeister Georg Will, in Ober-Rosbach, und Ehefrau Christa Elisabeth Ottilie Will, geb. Zitzer, daselbst.

Durch Ehevertrag vom 10. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (Hessen), 20. 3. 1968

Amtsgericht

1620

GR II 267 a — 29. 3. 1968: Rundfunk- und Fernsehmechaniker Adam Graf, in Burgholzhausen v. d. H., Ober-Erlenbacher Straße 10, und Ehefrau Maria Barbara, geb. Voll, daselbst.

Durch Ehevertrag vom 27. Dezember 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

GR II 268 a — 8. 4. 1968: Eheleute Kaufmann Hans Hermann Köhler, in Friedberg (Hess.), und Christa, geb. Möll, daselbst.

Durch Vertrag vom 27. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

636 Friedberg (Hessen), 8. 4. 1968

Amtsgericht

1621

Neueintragung

GR 243: Steuerbevollmächtigter Georg Karl Heinz Döring und Irene Irma, geb. Grimm, beide Rothenbergen, Im roten Rain.

Durch Vertrag vom 22. Dezember 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 11. 4. 1968

Amtsgericht

1622

GR 475: Kaufmann Rainer Mohr und Hausfrau und Kontoristin Inge Mohr, geb. Buchner, Hettenhausen (Krs. Fulda), Nr. 22.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

6412 Gersfeld, 19. 4. 1968

Amtsgericht Fulda

Zweigstelle Gersfeld

1623

Neueintragung

GR 258: Eheleute Theodor Schuler, Schreinermeister, und Sieglinde Schuler, geb. Kapraun, in Mosbach.

Durch notariellen Vertrag vom 15. März 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

6114 Groß-Umstadt, 16. 4. 1968

Amtsgericht

1624

41 GR 1103 — 8. 4. 1968: Landwirt Otto Kurt Harbach und Ruth Marga Ingeborg, geb. Eißfeld, in Mittelbuchen, haben durch Vertrag vom 3. Nov. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 8. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

1625

41 GR 1104 — 8. 4. 1968: Kaufmann Johannes Oswald Ludwig Jankowsky und Ursula, geb. Gick, in Hanau, haben durch Vertrag vom 15. März 1968 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 16. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

1626

Neueintragung

GR II 326: Durch Vertrag vom 11. März 1968 — errichtet vor dem Notar Willi Heiss, Alsfeld, — haben die Eheleute Heinrich Lutrop, Kaufmann, wohnhaft in Kirtorf, und Pauline Lutrop, geb. Kirchner, wohnhaft daselbst, Gütertrennung vereinbart.

6313 Homberg (Krs. Alsfeld), 11. 4. 1968

Amtsgericht

1627

8 GR 506 — 16. April 1968: Eheleute Chemiker Lothar Kühn und Lieselotte Kühn, geb. Liebich, beide wohnhaft in Eppstein (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 23. Februar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 18. 4. 1968

Amtsgericht

1628

GR 266 A — 15. 3. 1968: Kaufmann Siegfried Dziomba und Frau Annegret, geb. Weinreich, in Korbach.

Durch notariellen Vertrag vom 28. Dezember 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

354 Korbach, 19. 4. 1968 **Amtsgericht**

1629 Vereinsregister

Veränderung

VR 29: Fischereiverein Borken e. V. Der Name des Vereins ist geändert in: Sportanglerverein e. V., Borken. Sitz: Borken (Bz. Kassel).

Die Satzung ist durch § 10 g ergänzt.

3587 Borken (Bz. Kassel), 10. 4. 1968

Amtsgericht

1630

Neueintragung

VR 41: Mandolinen-Club Wiebelsbach; Sitz: Wiebelsbach.

6114 Groß-Umstadt, 18. 4. 1968

Amtsgericht

1631

VR 105 — 26. 3. 1968: Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Untertaunus, Idstein (Taunus).

627 Idstein (Taunus), 11. 4. 1968

Amtsgericht

1632

VR 788 — 8. 4. 1968: „Bundesverband der Gemeinschaft zur Förderung des Kur- und Heilwesens und der Altenpflege".

Sitz: Offenbach (Main).

Die Satzung ist am 23. 2. 1968 errichtet.

605 Offenbach (Main), 17. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 5

1633 Vergleiche — Konkurse

5 N 6/54: Im **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Frau Elisabeth Weickhardt, geb. Bühler, Inhaberin der Firma Wilhelm Weickhardt Nachf.** in Butzbach — 5 N 6/54 — des Amtsgerichts Butzbach, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Auf die nichtbevorrechtigten Forderungen von 48 837,72 DM erfolgt eine Auszahlung von 487,47 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Butzbach niedergelegt.

6308 Butzbach, 22. 4. 1968

Der Konkursverwalter:
Franz Möller
Rechtsanwalt und Notar

1634

N 1/66: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Schreinermeisters Armin Biegel** in Camberg, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6277 Camberg, 16. 4. 1968

Amtsgericht Limburg
Zweigstelle Camberg

1635 **Beschluß**

61 N 22/66: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Firma Skandinaviska — Fertigbau GmbH.,** Wixhausen, wird das Konkursverfahren nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

61 Darmstadt, 2. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 61

1636

Beschluß

81 N 404/66: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Delta Tours GmbH.,** Frankfurt (Main), Kaiserplatz 16, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 5. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

1637

50 N 86/66: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Baggerunternehmers Ludwig Vogel,** Kassel, Glockenbruchweg 59, **Mitinhaber der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Baggerei- und Planierungsbetriebes Lormes & Vogel,** Kassel, Miramstraße 35, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 21. Mai 1968, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 11 (Landgerichtsgebäude), Zimmer 15, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 840,— DM, seine Auslagen sind auf 35,— DM festgesetzt.

35 Kassel, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1638

50 N 1/67: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des **Baggerunternehmers Walter Lormes,** Kassel, Meißnerstraße 14, **Mitinhaber des handelsgerichtlich nicht eingetragenen Baggerei- und Planierungsbetriebes Lormes & Vogel,** Kassel, Miramstraße 35, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 21. Mai 1968, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 11 (Landgerichtsgebäude), Zimmer 15, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 836,55 DM, seine Auslagen sind auf 35,— DM festgesetzt.

35 Kassel, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1639

50 N 37/68 — **Konkursverfahren:** Über den Nachlaß des am 17. April 1968 in Kassel **verstorbenen Kaufmanns Paul Julius Schmidt,** zuletzt wohnhaft gewesen in Kassel, Goethestraße 26, **Inhaber der Firma Paul J. Schmidt, Schwamm- und Fensterlederimport,** Kassel, ist am 22. April 1968, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans-Klaus Görk, Kassel, Pfannkuchstraße 4.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Mai 1968 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 30. Mai 1968, um 11.00 Uhr; Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 27. Juni 1968, um 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, 1. Stockwerk, Zimmer 106.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Erben verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 22. Mai 1968 anzeigen.

35 Kassel, 22. 4. 1968 **Amtsgericht**

1640

5 VN 2/66 — **Vergleichsverfahren:** Das fortgesetzte Vergleichsverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Rolf Weber,** 6 Frankfurt (Main), Feuerbachstraße 30, **Alleininhaber der Firma Rolf Weber & Co., Damenkleiderfabrik,** 6079 Sprendlingen, Hauptstraße 38, ist nach Erfüllung des am 7. April 1967 bestätigten Vergleichs, aufgehoben worden.

607 Langen, 19. 4. 1968 **Amtsgericht**

1641

Beschluß

62 N 35/58: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der **Strumpffabrik Plantier & Co. KG.** in Wiesbaden, Bierstädter Straße 16, und ihres persönlich haftenden Gesellschafters Wilhelm Krause in Wiesbaden-Sonnenberg, Höhenstr. 30,

wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 22. Mai 1968, um 9.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

62 Wiesbaden, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1642

Beschluß

62 N 19/67: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 9. Juli 1966 **verstorbenen Dr. Willi Paul Mutz,** zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Biebricher Allee 56,

wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 17. 4. 1968 **Amtsgericht**

1643

62 VN 2/68 — **Vergleichsverfahren:** Über das Vermögen des **Kaufmanns Karl Hoffmann, Inhaber der Firma Geschwister Hoffmann,** in Wiesbaden, Langgasse 3, wird heute, am 22. April 1968, um 13.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Jentsch in Wiesbaden-Biebrich, Straße der Republik 3.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag: 22. Mai 1968, um 9.00 Uhr, Saal 151.

62 Wiesbaden, 22. 5. 1968 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1644

4 K 9/67: Das im Grundbuch von Lorsch, Band 71, Blatt 3857, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Lorsch, Flur 3, Flur-

stück 55/4, Hof- und Gebäudefläche, Lagerhausstraße 21, Größe 6,25 Ar,

soll am 2. Juli 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Febr. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Schlosser und Schweißer Walter Enger; b) dessen Ehefrau Elisabeth Enger, geb. Grieser, beide in Lampertheim (jetzt wohnhaft in Lorsch), je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

614 Bensheim, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1645

4 K 51/67: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Heppenheim, Band 133, Blatt 7046, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 2, Gemarkung Heppenheim, Flur 20, Flurstück 36/21, Hof- und Gebäudefläche, Blumenstraße 13, Größe 3,89 Ar,

soll am 5. Juli 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Mai 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Günther Wagner, Heppenheim a. d. B., zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

614 Bensheim, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1646

4 K 73/67: Die im Grundbuch von Klein-Hausen, Band 29, Blatt 1551, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Klein-Hausen, Flur 1, Flurstück 266, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 24, Größe 9,99 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Klein-Hausen, Flur 1, Flurstück 267, Gartenland, zu Waldstraße 24, Größe 3,59 Ar,

sollen am 21. Juni 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. Aug. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hausfrau Ingeburg Maiberger, geb. Berblinger, in Lampertheim (jetzt wohnhaft in Einhausen).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

614 Bensheim, 11. 4. 1968 **Amtsgericht**

1647

4 K 81/67: Das im Grundbuch von Bensheim, Band 168, Blatt 7023, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Bensheim, Flur 9, Flurstück 682, Hof- und Gebäudefläche, Jakobsweg 37, Größe 3,75 Ar,

soll am 19. Juni 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Nov. 1967 bzw. 7. Febr. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ernst Rettig, Bauunternehmer, in Bensheim, zu 1/2; b) dessen Ehefrau Gertrud Hildegard Katharina Rettig, geb. Goldhorn, daselbst, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

614 Bensheim, 11. 4. 1968 **Amtsgericht**

1648

K 40/66: Das im Grundbuch von Rohrbach, Band 6, Blatt 349, eingetragene und in der Gemarkung Rohrbach gelegene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Flur 1, Nr. 214/5, Hof- und Gebäudefläche, im Herrngarten, Größe 8,54 Ar,

soll am Mittwoch, dem 19. Juni 1968, vorm., um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. Okt. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eisenbahner Rudolf Herd und dessen Ehefrau Erna Marie Herd, geb. Nickel, in Rohrbach, in Errungenschaftsgemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 72 240,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

647 Büdingen, 5. 4. 1968 **Amtsgericht**

1649

Beschluß

5 K 3/67: Die im Grundbuch von Butzbach, Band 44, Blatt 2054, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Butzbach, Flur 8, Flurstück 486, Hof- und Gebäudefläche, Richard-Wagner-Straße 15, Größe 8.56 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Butzbach, Flur 8, Flurstück 487, Gartenland, daselbst, Größe 0,73 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 26. Juni 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Butzbach, Färbgasse Nr. 24, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Horst Walter Pietsch, in Berlin-Neukölln, zu 2/3;

b) Werner Bromberger, in Offenbach (Main), zu 1/3.

Seit 15. Februar 1968 ist Kaufmann Horst Walter Pietsch, in Berlin-Neukölln, allein eingetragener Eigentümer.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden:
a) Flur 8, Nr. 486 auf 186 760,— DM;
b) Flur 8, Nr. 487 auf 547,50 DM; zus.: 187 307,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 16. 4. 1968 **Amtsgericht**

1650

K 7/67: Das im Grundbuch von Camberg, Band 26, Blatt 888, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Camberg, Flur 21, Flurstück 187, Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße 12, Größe 7,19 Ar,

soll am 10. Juli 1968, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Camberg durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Bauunternehmer Adam Litzinger und Anni, geb. Schulte, in Erbach, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6277 Camberg, 16. 4. 1968

Amtsgericht Limburg
Zweigstelle Camberg

1651

61 K 11/67: Das im Grundbuch von Wixhausen, Band 49, Blatt 2252, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Wixhausen, Flur 12, Flurstück 115/1, Hof- und Gebäudefläche, Messelerstraße 121, Größe 129,17 Ar,

soll am 18. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Zimmer 506, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. Febr. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Marie Margarete Mitteldorf, geb. Krug, in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 8. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 61

1652

K 33/66: Das im Grundbuch von Groß-Zimmern, Band 95, Blatt 3848, eingetragene Grundstück,

Nr. 7, Gemarkung Dieburg, Flur 9, Flurstück 232, Ackerland (Bauplatz), am Münsterer Weg, Größe 44,50 Ar,

soll am 16. Juli 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marienstraße, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Jan. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Josef Lorenz Dietz, in Groß-Zimmern.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

611 Dieburg, 1. 4. 1968 **Amtsgericht**

1653

Beschluß

3 K 26/67: Die im Grundbuch von Weidenhausen, Band 21, Blatt 686, eingetragene ideelle Hälfte der Grundstücke, Gemarkung Weidenhausen,

lfd. Nr. 3, Flur 11, Flurstück 33, Ackerland, der krumme Acker, Größe 2,91 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 6, Flurstück 319/5, Hof- und Gebäudefläche, Im Rothenbach, Haus Nr. 28, Größe 5,58 Ar,

Gemarkung Eltmannshausen:

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurstück 22, Ackerland, auf dem Trubeberg, Größe 9,71 Ar,

soll am Donnerstag, 20. Juni 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Marie Wagner, geb. Schab-

acker, Weidenhausen; b) Ehefrau Anna Friedrich, geb. Wagner, Göttingen; c) Berta Wagner, Weidenhausen; d) Hans Georg Dron, Port Kembla (Australien); e) Heinrich Wagner, Weidenhausen, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstückshälften wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 3 auf 60,— DM; lfd. Nr. 4 auf 5225,— DM; lfd. Nr. 5 auf 195,— DM; zusammen 5480,— DM.

Der auf den 16. Mai 1968 anberaumte Versteigerungstermin wird aufgehoben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

344 Eschwege, 18. 4. 1968 **Amtsgericht**

1654

84 K 65/67: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Soden des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abteilung Höchst, Band 73, Blatt 2034 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 19, Flurstück 22, Acker, im Rotenberg, Größe 4,23 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 19, Flurstück 24/1, ebenso, Größe 13,87 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 19, Flurstück 14, ebenso, Größe 3,97 Ar,

sämtlich Gemarkung Soden,

am 9. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. September 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrer Max Andrae in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: lfd. Nr. 1 auf 6100,— DM; lfd. Nr. 3 auf 18 400,— DM; lfd. Nr. 5 auf 5100,— DM; Sa.: 29 600,— DM.

Kaufliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Höhe von 10 v. Hundert des Bargebots auf Antrag eines Beteiligten Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 11. 4. 1968
Amtsgericht, Abt. 84

1655

K 42/67: Das im Grundbuch von Bruchenbrücken, Band 12, Blatt 659, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bruchenbrücken, Flur 1, Flurstück 631, LB 576, Bauplatz, Auf die Biegenbach, Größe 4,67 Ar,

soll am Freitag, 14. Juni 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Maschinist Karl Hepperle, Frankfurt (Main) - Zeilsheim, zu 1/2; b) dessen Ehefrau Hertha, geb. Krüger, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 7005,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 8. 4. 1968
Amtsgericht

1656

K 62/67: Die im Grundbuch von Heldenbergen, Band 34, Blatt 1668, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Heldenbergen, Flur 1, Flurstück 373, LB 429, Hof- und Gebäudefläche, Büdinger Straße 18, Größe 1,73 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Heldenbergen, Flur 1, Flurstück 374, Gartenland, Büdinger Straße, Größe 2,74 Ar,

sollen am Freitag, 5. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32 — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Johann Josef Kremer, Heldenbergen, zu 1/2; b) dessen Ehefrau Johanna, geb. Schäfer, daselbst, zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden: a) für Nr. 1 auf 52 589,— DM; b) für Nr. 2 auf 411,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 8. 4. 1968
Amtsgericht

1657

K 69/67: Die im Grundbuch von Rodheim v. d. H., Band 19, Blatt 1362, eingetragenen Grundstücke,

Nr 15, Gemarkung Rodheim, Flur 24, Flurstück 388, Grünland (Obstbaumstück), Im Wirtheimer Grund, Größe 11,67 Ar,

Nr. 18, Gemarkung Rodheim, Flur 19, Flurstück 142, Ackerland (Obstbaumstück), Auf dem alten Mühlweg, Größe 41,99 Ar,

sollen am Freitag, 5. Juli 1968, um 15.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mathilde Helene Reuter, geb. Köbel, in Friedberg (Hessen).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden: a) für Nr. 15 auf 2334,— DM; b) für Nr. 18 auf 7558,20 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 8. 4. 1968
Amtsgericht

1658

2 K 48/67: Das im Grundbuch von Wallerstädten, Band 31, Blatt 1562, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Wallerstädten, Flur 7, Flurstück 7/44, Hof- und Gebäudefläche, Rheinstraße 2, Größe 7,17 Ar,

soll am Dienstag, dem 11. Juni 1968, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Ludwig Raab, Landarbeiter, Wallerstädten, zu 1/2; b) seine Ehefrau Edeltraud Raab, geb. Lienert, daselbst, zu 1/2.

Wert gem. § 74 a ZVG: 78 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 19. 4. 1968
Amtsgericht

1659

2 K 62/67: Die im Grundbuch von Allmendfeld, Band 2, Blatt 43, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Allmendfeld, Flur 2, Flurstück 2, Hof- und Gebäudefläche, Hinterstraße 14, Größe 12,62 Ar; Ackerland, das Altbruch, Größe 462,17 Ar,

Nr. 3, Flur 15, Flurstück 8, Ackerland, in den großen Stotzen, Größe 132,88 Ar,

Nr. 4, Flur 15, Flurstück 9, Ackerland, daselbst, Größe 192,13 Ar,

Nr. 5, Flur 15, Flurstück 16/1, Ackerland, hinter der Steinmauer, Größe 94,63 Ar,

Nr. 6, Flur 20, Flurstück 30, Ackerland, der Rödenfeldschlag, Größe 63,71 Ar,

Nr. 7, Flur 18, Flurstück 43, Wiese, Grünland, die Häuserwiesen, Größe 28,87 Ar; 25,20 Ar,

Nr. 8, Flur 18, Flurstück 44, Wiese, Grünland, daselbst, Größe 31,70 Ar; 16,10 Ar,

sollen am Dienstag, dem 18. Juni 1968, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Landwirt Friedrich Schütz, in Allmendfeld; b) dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Roßmann, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Wert gem. § 74 a ZVG: 205 374,10 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 8. 4. 1968
Amtsgericht

1660

41 K 56/67: Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Hanau, Band 99, Blatt 4651, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Flur Q, Flurstück 53/1, Hof- und Gebäudefläche, Dürerstraße 4, Größe 6,29 Ar,

am 10. Juni 1968, um 15.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Else Klemm, geb. Drücke, in Hanau.

Bieter haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10 % des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

645 Hanau, 11. 4. 1968
Amtsgericht, Abt. 41

1661

K 8/67 (K 10/67): 1. Das im Grundbuch von Groß-Umstadt, Bezirk Lengfeld, Band 32, Blatt 1600, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Lengfeld, Flur 3, Flurstück 39/1, Hof- und Gebäudefläche, auf dem Zipfen, Größe 15,81 Ar,

2. der hälftige Miteigentumsanteil an dem im Grundbuch von Groß-Umstadt, Bezirk Lengfeld, Band 34, Blatt 1647, eingetragenen Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Lengfeld, Flur 3, Flurstück 39/3, Weg, auf dem Zipfen, Größe 0,51 Ar,

sollen am 11. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Umstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zu 1) am 14. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Buchhalter Horst Dorka, Lengfeld, jetzt Darmstadt.

Eingetragener Eigentümer zu 2) am 14. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks) Buchhalter Horst Dorka, Lengfeld, jetzt Darmstadt.

Der Wert des Grundstücks zu 1) wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 78 700,— DM.

Der Wert des Grundstücksbruchteils zu 2) wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 50,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6114 Groß-Umstadt, 18. 4. 1968

Amtsgericht

1662

41 K 47/66: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Ostheim, Band 50, Blatt 1803, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Flur 24, Flurst. 36/2, Hof- und Gebäudefläche, am Windecker Weg, Größe 7,95 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 24, Flurst. 100/3, Weg, Feldstraße, Größe 1,82 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 24, Flurst. 237, Weg, Pfaffensteinstraße, Größe 20,42 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 24, Flurst. 259, Weg (wie vor), Größe 10,85 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 24, Flurst. 217, Hof- und Gebäudefläche, Pfaffensteinstraße 56, Größe 2,67 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 24, Flurst. 218 (wie vor), Nr. 54, Größe 2,55 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 24, Flurst. 219 (wie vor), Nr. 52, Größe 2,57 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 24, Flurst. 220 (wie vor), Nr. 50, Größe 2,56 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 24, Flurst. 221 (wie vor), Nr. 48, Größe 2,56 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 24, Flurst. 222 (wie vor), Nr. 46, Größe 2,57 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur 24, Flurst. 223 (wie vor), Nr. 44, Größe 2,55 Ar,

lfd. Nr. 15, Flur 24, Flurst. 224 (wie vor), Nr. 42, Größe 2,58 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 24, Flurst. 225 (wie vor), Nr. 40, Größe 2,58 Ar,

lfd. Nr. 17, Flur 24, Flurst. 226 (wie vor), Nr. 38, Größe 2,57 Ar,

lfd. Nr. 18, Flur 24, Flurst. 227 (wie vor), Nr. 36, Größe 2,50 Ar,

lfd. Nr. 19, Flur 24, Flurst. 228 (wie vor), Nr. 34, Größe 2,38 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 24, Flurst. 229 (wie vor), Nr. 32, Größe 2,77 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 24, Flurst. 230 (wie vor), Nr. 30, Größe 2,15 Ar,

lfd. Nr. 22, Flur 24, Flurst. 231 (wie vor), Nr. 28, Größe 8,15 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 24, Flurst. 232 (wie vor), Nr. 26, Größe 5,85 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 24, Flurst. 233 (wie vor), Nr. 24, Größe 5,83 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 24, Flurst. 234 (wie vor), Nr. 22, Größe 6,28 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 24, Flurst. 235 (wie vor), Nr. 20, Größe 6,82 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 24, Flurst. 236 (wie vor), Nr. 18, Größe 6,89 Ar,

lfd. Nr. 28, Flur 24, Flurst. 238 (wie vor), Nr. 19, Größe 5,46 Ar,

lfd. Nr. 29, Flur 24, Flurst. 239 (wie vor), Nr. 17, Größe 5,79 Ar,

lfd. Nr. 30, Flur 24, Flurst. 240 (wie vor), Nr. 15, Größe 5,48 Ar,

lfd. Nr. 31, Flur 24, Flurst. 241 (wie vor), Nr. 21, Größe 2,62 Ar,

lfd. Nr. 32, Flur 24, Flurst. 242 (wie vor), Nr. 13, Größe 2,62 Ar,

lfd. Nr. 33, Flur 24, Flurst. 243 (wie vor), Nr. 23, Größe 3,02 Ar,

lfd. Nr. 34, Flur 24, Flurst. 244 (wie vor), Nr. 11, Größe 3,08 Ar,

lfd. Nr. 35, Flur 24, Flurst. 245 (wie vor), Nr. 25, Größe 3,20 Ar,

lfd. Nr. 36, Flur 24, Flurst. 246 (wie vor), Nr. 9, Größe 2,61 Ar,

lfd. Nr. 37, Flur 24, Flurst. 247 (wie vor), Nr. 27, Größe 3,35 Ar,

lfd. Nr. 38, Flur 24, Flurst. 248 (wie vor), Nr. 7, Größe 3,09 Ar,

lfd. Nr. 39, Flur 24, Flurst. 249 (wie vor), Nr. 29, Größe 3,51 Ar,

lfd. Nr. 40, Flur 24, Flurst. 250 (wie vor), Nr. 5, Größe 2,62 Ar,

lfd. Nr. 41, Flur 24, Flurst. 251 (wie vor), Nr. 31, Größe 3,98 Ar,

lfd. Nr. 42, Flur 24, Flurst. 252 (wie vor), Nr. 3, Größe 3,10 Ar,

lfd. Nr. 43, Flur 24, Flurst. 253 (wie vor), Nr. 33, Größe 4,38 Ar,

lfd. Nr. 44, Flur 24, Flurst. 254, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 10, Größe 3,59 Ar,

lfd. Nr. 45, Flur 24, Flurst. 255 (wie vor), Nr. 8, Größe 3,60 Ar,

lfd. Nr. 46, Flur 24, Flurst. 256 (wie vor), Nr. 6, Größe 3,61 Ar,

lfd. Nr. 47, Flur 24, Flurst. 257 (wie vor), Nr. 4, Größe 3,60 Ar,

lfd. Nr. 48, Flur 24, Flurst. 258, Hof- und Gebäudefläche, Pfaffensteinstraße 1, Größe 3,50 Ar,

lfd. Nr. 49, Flur 24, Flurst. 260 (wie vor), Nr. 16, Größe 3,26 Ar,

lfd. Nr. 50, Flur 24, Flurst. 261 (wie vor), Nr. 14, Größe 3,33 Ar,

lfd. Nr. 51, Flur 24, Flurst. 262 (wie vor), Nr. 12, Größe 3,50 Ar,

lfd. Nr. 52, Flur 24, Flurst. 263/1 (wie vor), Nr. 10, Größe 3,06 Ar,

lfd. Nr. 53, Flur 24, Flurst. 264/1 (wie vor), Nr. 8, Größe 3,02 Ar,

lfd. Nr. 54, Flur 24, Flurst. 265/1 (wie vor), Nr. 6, Größe 2,44 Ar,

lfd. Nr. 55, Flur 24, Flurst. 266/1 (wie vor), Nr. 4, Größe 2,26 Ar,

lfd. Nr. 56, Flur 24, Flurst. 267/1 (wie vor), Nr. 2, Größe 1,57 Ar,

am 11. Juni 1968, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 113, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. März 1967 Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Lüdecke & Co., Kommanditgesellschaft, in Dreieichenhain, Krs. Offenbach (in Konkurs).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf insgesamt 2 660 072,— DM festgesetzt.

Bieter haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10 % des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

645 Hanau, 17. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

1663

9 K 15/67: Das im Grundbuch von Oberreifenberg, Band 3, Blatt 87, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberreifenberg, Flur 9, Flurstück 118/60, Hof- und Gebäudefläche, Siegfriedstraße 1, Größe 2,49 Ar,

soll am 3. Juli 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude / Nebengebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. Mai 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Roswitha Lechthaler, geb. Schilling, Oberreifenberg (Taunus) (jetzt: Rüsselsheim (Main), Paul-Hessemer-Straße 56 a, bei Schilling).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 82 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 17. 4. 1968

Amtsgericht

1664

5 K 18/67: Das im Grundbuch von Langen, Band 146, Blatt 7983, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 6, Flurstück 96/4, Gartenland, an der Straße, Größe 8,00 Ar,

soll am Freitag, 28. Juni 1968, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen (Hessen), Darmstädter Straße Nr. 27, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Mai 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kraftfahrzeugschlosser Horst Hein, in Frankfurt (Main).

Wert des Grundstücks (§ 74 a Abs. 5 ZVG): 4000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

607 Langen, 8. 4. 1968 **Amtsgericht**

1665

K 2/68: Das im Grundbuch von Dorf-Erbach, Band I, Blatt 1351, eingetragene Grundstück,

Flur I, Flurstück 102/2, Hof- und Gebäudefläche, Dreiseentalstraße 12, Größe 13,51 Ar,

soll am Donnerstag, 27. Juni 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Jan. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Leonhard Paul Dingeldey, in Dorf-Erbach, und dessen Ehefrau Johanna, geb. Stein, im Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Grundstückswert gem. § 74 a / 5 ZVG: 50 000,— DM.

Bieter müssen u. Umst. damit rechnen, 1/10 ihres Gebots im Termin in bar zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 11. 4. 1968

Amtsgericht

1666

K 18/67: Das im Grundbuch von Günterfürst, Band II, Blatt 74, eingetragene Grundstück,

Flur I, Flurstück 302/1, Hof- und Gebäudefläche, Haisterbacher Weg 13, Größe 10,53 Ar,

soll am Donnerstag, 4. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kurt Jakob Strater, in Günterfürst, zu 1/2, und Karlheinz Strater, in Günterfürst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a ZVG festgesetzt auf: 57 000,— DM.

Bieter müssen u. Umst. damit rechnen, 1/10 ihres Gebots im Termin in bar zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 17. 4. 1968 **Amtsgericht**

1667

K 11/67: Das im Grundbuch von Neukirchen, Band 38, Blatt 1169 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Neukirchen, Flur 31, Flurstück 41, Lieg.-B. 446, Geb.-B. 101, Hof- und Gebäudefläche, Untergasse 11, Größe 1,41 Ar,

soll am Mittwoch, 2. Oktober 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Neukirchen, Kurhessenstraße 30, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreinermeister Adam Trieschmann und dessen Ehefrau Elisabeth, geb. Kunz, in Neukirchen, je zur gedachten Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

3579 Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 17. 4. 1968 **Amtsgericht**

1668

K 31/67: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Eichelsdorf, Band 40, Blatt 2007, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Eichelsdorf, Flur 1, Flurstück 196, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße Nr. 42, Größe 16,19 Ar,

soll am 20. Juni 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Sept. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anna Margarethe Hofmann, geb. Walter, Eichelsdorf, Bahnhofstraße 42, zu einhalb.

Der Wert der ideellen Eigentumshälfte des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG mit Beschluß des Gerichts vom 1. Dezember 1967 auf 27 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6478 Nidda, 17. 4. 1968 **Amtsgericht**

1669

7 K 34/67: In der Zwangsversteigerungssache gegen Othmar Adam, bezgl. des im Grundbuch von Mühlheim (Main)-Dietesheim, Band 39, Blatt 1847, wird der Termin vom 8. Mai 1968 abgesetzt.

605 Offenbach (Main), 19. 4. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

1670

Beschluß

K 12/66: Die im Grundbuch von Bad Soden, Band 24, Blatt 875, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Soden, Flur 5, Flurstück 35, Gartenland, Die Brilwiese, Größe 1,50 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad Soden, Flur 5, Flurstück 37/2, Bauplatz, Die Brilwiese, Größe 5,72 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bad Soden, Flur 5, Flurstück 37/3, Bauplatz, die Brilwiese, Größe 17,00 Ar,

sollen am 27. Juni 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. Nov. 1966 bzw. 16. April 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frieda Stock, geb. Nix, Bad Soden.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: lfd. Nr. 1 auf 450,— DM; lfd. Nr. 2 auf 8580,— DM; lfd. Nr. 3 auf 116 892,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

6483 Salmünster, 11. 4. 1968

Amtsgericht

1671

K 18/67: Der 1/4 Anteil des Arbeiters Hugo Rode des im Grundbuch von Waldensberg, Band 18, Blatt 411, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Waldensberg, Flur 2, Flurstück 89, Hof- und Gebäudefläche, Langgasse 66, Größe 5,40 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. Juni 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Miteigentümer am 19. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): war der Arbeiter Hugo Rode zu 1/4 Anteil.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 5400,— DM.

Der 1/4 Anteil des Arbeiters Hugo Rode auf 1350,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

648 Wächtersbach, 8. 4. 1968

Amtsgericht

1672

3 K 56/67: Das im Grundbuch von Wetzlar, Band 75, Blatt 3058, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 3, Flurstück 104, Hof- und Gebäudefläche, Moritz-Budge-Straße 12 a, Größe 3,36 Ar,

soll am 17. Juli 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Okt. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Wilhelm Jung und Margarete, geb. Kornder, in Wetzlar, zu je 1/2.

Beschluß

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 110 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 18. 4. 1968 **Amtsgericht**

1673

Beschluß

61 K 42/66: Die im Grundbuch von Bierstadt, Band 103, Blatt 2839, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 56/6, Hof- und Gebäudefläche, Am Wolfsfeld 32, Größe 27,80 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 216/59, Ackerland, Ritterspfad, 1. Gewann, Größe 4,55 Ar,

sollen am 28. Mai 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Okt. 1966 bezügl. lfd. Nr. 1 und am 14. März 1967 bezügl. lfd. Nr. 3: a) Transportunternehmer Heinrich Schröder; b) dessen Ehefrau Charlotte, geb. Hillebrandt, in Wiesbaden-Bierstadt, — zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000,— DM und 25 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 19. 4. 1968 **Amtsgericht**

1674 Andere Behörden und Körperschaften

Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen 1968

Der Wahlleiter gibt bekannt:

Gemäß § 6 (2) der Wahlordnung für die Delegiertenversammlung der Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 13. Juli 1968 gebe ich bekannt:

Die Verzeichnisse der in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten Wahlberechtigten liegen in der Zeit vom **25. April 1968 bis 23. Mai 1968** während der amtlichen Dienstzeit in den Bereichen der nachfolgenden Bezirksärztekammern wie folgt aus:

Bezirksärztekammer Darmstadt:

Darmstadt-Stadt:
Magistrat der Stadt Darmstadt — Statistisches Amt und Wahlamt — Darmstadt, Havelstr. 7, Zimmer 18.

Darmstadt-Land:
Landratsamt Darmstadt, Steubenplatz 19, Zimmer 146 (Mittelbau).

Kreis Bergstraße:
Landratsamt (Hauptgebäude) in Heppenheim, Gräffstraße 5, Zimmer 10.

Kreis Dieburg:
Landratsamt Dieburg, Albinistr., Zimmer 303.

Kreis Erbach:
Landratsamt Erbach, Michelstädter Straße 12, Zimmer 70.

Kreis Groß-Gerau:
Landratsamt Groß-Gerau, W.-Seipp-Str. 120, I. Stock, Zimmer 120.

Bezirksärztekammer Frankfurt/Main:

Frankfurt/Main:
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main, Römerberg, Pförtner-Eingang Römerberg.

Kreis Main-Taunus:
Frankfurt/Main-Höchst, Bolongarostr. 101, Kreisgesundheitsamt.

Obertaunuskreis:
Bad Homburg v. d. H., Landratsamt, Louisenstr. 88—90,

Offenbach/Main:
Magistrat der Stadt Offenbach — Statistisches Amt und Wahlamt — Offenbach/Main, Tempelseestr. 58.

Offenbach/Main-Land:
Kreisgesundheitsamt Offenbach/Main, Geleitstr. 124, Zimmer 19.

Hanau/Main-Stadt:
Magistrat der Stadt Hanau, Hanau/Main, Rathaus, Am Markt, Amtliche Bekanntmachungstafel in der Passage.

Hanau/Main-Land:
Landratsamt Hanau/Main, Eugen-Kaiser-Str. 10, Schwarzes Brett.

Kreis Gelnhausen:
Landratsamt Gelnhausen.

Kreis Schlüchtern:
Landratsamt Schlüchtern, Gartenstr. 7, Zimmer 4.

Bezirksärztekammer Gießen:

Kreis Alsfeld:
Landratsamt Alsfeld, Hersfelder Straße 57, Zimmer 21.

Kreis Biedenkopf:
Landratsamt Biedenkopf, Kiesackerstraße 10, Zimmer 39.

Kreis Büdingen:
Landratsamt Büdingen, Berliner Straße 31, Zimmer 11.

Kreis Dillenburg:
Landratsamt Dillenburg, Wilhelmstraße 16, Kreishaus I, Zimmer 22.

Kreis Friedberg:
Landratsamt Friedberg, Kaiserstr. 155, Versicherungsamt.

Gießen-Stadt:
Stadthaus Gießen, Berliner Platz 1, Zimmer 11.

Gießen-Land:
Landratsamt Gießen, Ostanlage 33—41, Zimmer 4, Versicherungsamt.

Kreis Lauterbach:
Landratsamt Lauterbach, Bahnhofstraße 49, Zimmer 9.

Kreis Wetzlar:
Landratsamt, Neues Kreishaus, Wetzlar, Karl-Kellner-Ring 51, Zimmer 201.

Bezirksärztekammer Kassel:

Kassel-Stadt:
Oberbürgermeister der Stadt Kassel, Rathaus.

Kassel-Land:
Landrat des Landkreises Kassel, Kassel, Humboldtstraße 24.

Kreis Eschwege:
Landrat des Kreises Eschwege, Eschwege, Schloßplatz 1.

Fulda Stadt:
Magistrat der Stadt Fulda, Statistisches Amt, Stadtschloß, Schloßstraße 1.

Fulda Land:
Landrat des Landkreises Fulda, Fulda, Wörthstraße 15.

Kreis Hofgeismar:
Landrat des Kreises Hofgeismar, Hofgeismar, Landratsamt.

Kreis Hersfeld:
Landrat des Kreises Hersfeld, Hersfeld, Friedloserstraße 12.

Kreis Hünfeld:
Landrat des Kreises Hünfeld, Hünfeld, Landratsamt, Zimmer 224.

Kreis Melsungen:
Landrat des Kreises Melsungen, Landratsamt.

Kreis Rotenburg/F.:
Landrat des Kreises Rotenburg/F., Rotenburg, Lindenstraße 1.

Kreis Waldeck:
Landrat des Kreises Waldeck, Korbach/W.

Kreis Witzenhausen:
Landrat des Kreises Witzenhausen, Witzenhausen.

Kreis Wolfhagen:
Landrat des Kreises Wolfhagen, Wolfhagen.

Bezirksärztekammer Marburg:

Marburg-Stadt:
Marburg/Lahn, Markt 1.

Marburg-Land:
Marburg/Lahn, Landratsamt, Barfüßerstraße 11, Zimmer 42.

Kreis Frankenberg:
Frankenberg, Landratsamt, Zimmer 62.

Kreis Fritzlar-Homberg:
Fritzlar, Landratsamt, Neubau.

Kreis Ziegenhain:
Ziegenhain, Landratsamt, Zimmer 8.

Bezirksärztekammer Wiesbaden:

Wiesbaden-Stadt:
Rathaus Hauptamt — Registratur I. Stock, Zimmer 23.

Kreis Limburg:
Landratsamt Limburg, Limburg/L., Kreishaus, Schiede 43.

Oberlahnkreis:
Landratsamt Weilburg, Weilburg/L., Limburger Straße, Versicherungsamt.

Rheingau-Kreis:
Landratsamt Rüdesheim, Rüdesheim/Rhein, Versicherungsamt, Zimmer 21.

Untertaunuskreis:
Bad Schwalbach, Kreishaus, Badweg 3.

Kreis Usingen:
Landratsamt Usingen, Usingen, Versicherungsamt, Zimmer 23.

Ansprüche auf Aufnahme und Einwendungen gegen die Aufnahme in das Wählerverzeichnis können spätestens bis zum 24. 5. 1968, 18 Uhr, bei mir, Frankfurt/Main, Broßstr. 6, schriftlich erhoben werden.

Frankfurt/Main, 14. 4. 1968

Der Wahlleiter
für die Delegiertenversammlung
der Landesärztekammer Hessen

1675

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Der Kerkerbachbahn AG, Kerkerbach / Post Runkel (Lahn), wurde auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes vom 21. 3. 1961 die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

von Kerkerbach/Limburg nach Schupbach über Eschhofen, Runkel, Schadeck, Obertiefenbach (Abzw.), Niedertiefenbach, Hofen, Eschenau am 18. 3. 1968 auf die Dauer von 8 Jahren erteilt.

62 Wiesbaden, 18. 3. 1968 **Der Regierungspräsident**
III 4 b — 2 — Az.: 66 f 02

1676

Aufforderung: Die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher ist beantragt worden:

1. Josef Krist, Burg, Wäldchenstr. 70, Sparkassenbuch Nr. 24435,
2. Gisela Kretzer geb. Haas, Rodenbach, Hauptstr. 56, Sparkassenbuch Nr. 53100.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Bücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

634 Dillenburg, 10. 4. 1968
SPARKASSE DES DILLKREISES DILLENBURG

1677

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Ke 46 412 — Becker, Hildegard, Kelsterbach, Wichertstr. 23
2. Ge 47 265 — Michel, Werner, Düsseldorf, Schadstraße 32
3. Rü 69 035 — Wolff, Hilmar, Bischofsheim, Heegteilstraße 28
4. Rü 66 417 — Koch, Alexander, Rüsselsheim, M.-Grünewald-Str. 57
5. Gu 44 643 — Nitsche, Ralph, Gustavsburg, Alte Post, Dr.-Hermann-Straße
6. Ke 44 996 — Thorwarth, Josef Kelsterbach, Saalburgstraße 1
7. Rü 57 579 — Euler, Hildegard, Rüsselsheim, Weisenauer Str. 41
8. H 55 390 — Sitta Helene, Groß-Gerau, Gabelsbergerstraße 19
9. Go 49 749 — Schneider, Johann, Wolfskehlen E.-Ludwig-Str. 34
10. Rü 92 577 — Ingenbrandt, Karl-Heinz, Rüsselsheim, M.-v.-Schwind-Str 6
11. H 53 485 — Kröcker, Berthold, Groß-Gerau, Odenwaldstraße 6

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

608 Groß-Gerau, 5. 4. 1968 **KREISSPARKASSE GROSS-GERAU**
Der Vorstand

1678

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 8. April 1968 ist das Sparkassenbuch Nr. 107-033052, Wolfgang Kilian, Kassel, Eisenschmiede 42, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 8. 4. 1968 **STADTSPARKASSE KASSEL**
Der Vorstand

1679

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 5. April 1968 sind nachstehend aufgeführte Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

1. Sparkassenbuch E 5000/1759 lautend auf Heinrich Ewers, Lauterbach, Burg 3
2. Sparkassenbuch E 11137, lautend auf Karlheinz Kirchner, Hutzdorf, Mühlstraße 3.

6420 Lauterbach, 5. 4. 1968
KREISSPARKASSE LAUTERBACH IN HESSEN
Der Vorstand

1680

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Wilhelmine Meyer geb. Pfeil, Offenbach a. M. das Sparkassenbuch Nr. 815799
2. Else Becker geb. Kuhn, Offenbach a. M. das Sparkassenbuch Nr 211432
3. Markus Becker, S. v. Helmut Becker, Offenbach a. M. das Sparkassenbuch Nr. 215912
4. Michael Becker S. v. Helmut Becker, Offenbach a. M. das Sparkassenbuch Nr. 215911
5. Helmut Becker, Offenbach a M. das Sparkassenbuch Nr. 200641
6. Katharina Finkernagel, Offenbach a. M. das Sparkassenbuch Nr. 119135.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Bücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

605 Offenbach (Main), 4. 4. 1968
STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH A. M.
Der Vorstand

1681

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 3. April 1968 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden

1. Sparkassenbuch Nr. 117520, Margot Boehm geb. Weidenhaun, Offenbach am Main.
2. Sparkassenbuch Nr. 202801, Ilse Leonhardt, Offenbach am Main
3. Sparkassenbuch Nr. 191001, Wilhelm Haussmann, Offenbach am Main
4. Sparkassenbuch Nr. 190833, Tina Haussmann geb. Fenn, Offenbach am Main
5. Sparkassenbuch Nr. 37000, Hildegard König, ges. Vertr. Dr. Georg Möbs Obertshausen
6. Sparkassenbuch Nr. 280385, Barbara Ruppert, Offenbach a. M.-Bieber
7. Sparkassenbuch Nr. 253892, Barbara Ruppert, Offenbach a. M.-Bieber.

605 Offenbach (Main), 3. 4. 1968
STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH A. M.
Der Vorstand

Öffentliche Ausschreibungen

1682

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Bundesstraße 44, Ortsdurchfahrt Gernsheim und Gernsheim—Biebesheim (von km 20.157 bis km 18.016) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

ca.	7 000 cbm	Erdarbeiten
ca.	3 000 cbm	frostsicheren Kiessand
ca.	8 500 qm	Mineralbeton 25 cm stark
ca.	2 500 t	Asphaltbinder 5 cm stark (0/25)
ca.	21 000 qm	Asphaltbinder 3,5 cm stark (0/18)
ca.	21 000 qm	Asphaltfeinbeton 3,5 cm stark (0/12)
ca.	2 800 lfd. m	Entwässerungsrinne
ca.	1 450 lfd. m	Glockenmuffenrohre
ca.	30 Stck.	Revisionsschächte 1,00 — 1,80
ca.	140 Stck.	Straßeneinläufe
ca.	1 700 lfd. m	Betontiefbordsteine

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 300 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 6. 5. 1968 anzufordern und werden durch die Post übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 44, OD Gernsheim und Gernsheim—Biebesheim".

Eröffnung: Mittwoch den 22. 5. 1968 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 17. 4. 1968 **Hessisches Straßenbauamt**

1683

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Bundesstraße 486 in der Ortsdurchfahrt Mörfelden in Richtung Rüsselsheim (von km 10 643 bis km 11 228) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1 000 cbm	Erdbewegung
1 000 lfd. m	Hochborde aufnehmen
1 600 t	bit. Tragschicht
500 t	Binder
4 500 qm	Asphaltfeinbeton
1 100 lfd. m	Hochborde mit Rinnenplatten in Beton
1 500 qm	Gehwegplatten und Verschiedenes

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 2. 5. 1968 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35599 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen B 486 OD Mörfelden.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 3. 5. in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Dienstag, den 14. 5. 1968, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 18. 4. 1968 **Hessisches Straßenbauamt**

1684

Gießen: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3205 Kloppenheim — Klein-Karben einschl. OD Kloppenheim von Str.-km 0,002 bis 1,460 sollen vergeben werden, u. a.:

1 100 cbm	Erdbewegung
2 200 t	Frostschutz 0/55
1 800 t	bit. Tragschicht 0/35
3 100 qm	Binderschicht 0/25
10 500 qm	Binderschicht 0/18
10 700 qm	Asphaltfeinbeton 0/8
1 800 lfd. m	Hochbordsteine
3 700 qm	Gehwegbefestigung

Bauzeit: 90 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden ab 30. 4. in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vorher bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 39 312 unter Stichwort "L 3205 Kloppenheim — Klein Karben" einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 16. Mai 1968, um 10.00 Uhr. Zuschlags- und Bindefrist: 15. Juni.

63 Gießen, 18. 4. 1968 Hessisches Straßenbauamt

1685

Hanau: Die Bauleistungen für den Ausbau der Kreisstraße Nr. 887 von Aufenau nach Bad Orb Krs. Gelnhausen, sollen vergeben werden.

Die Leistungen umfassen im wesentlichen:

ca. 9 000 cbm	Erdabtrag einschl. Mutterboden
ca. 2 800 t	Hartsteinfrostschutzmaterial 0/35 mm
ca. 2 200 t	Bindemittelmineralgemisch 0/35 mm
ca. 1 400 t	Asphaltbinder 0/18 mm
ca. 14 000 qm	Asphaltfeinbeton 0/8 mm
ca. 3 000 lfd. m	Trapezgraben mit Sohlenbefestigung Entwässerungseinrichtungen und Verschiedenes.

Bauzeit: 120 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM ab Montag, den 29. April 1968, 10.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau (M.), Hainstraße 32, abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen an die Staatskasse Hanau — Postscheckkonto Ffm. 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung zu zahlen und die Quittung hier vorzulegen.

Eröffnungstermin ist Dienstag, der 14. Mai 1968, um 10.30 Uhr. Die Eröffnung erfolgt beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau (M.), Hainstraße 32. Zuschlags- und Bindefrist: 12. Juni 1968.

645 Hanau, 19. 4. 1968 Hessisches Straßenbauamt

Honigfreunde
sollen den Honig haben, der ihnen am besten schmeckt. Sie finden ihn leicht durch unser Honig-Probierpaket mit 6 mal 1/2 Pfd. netto im Glas (Akazien-, Linden-, Obstblüten, Salbei-, Wald- u. Tannenhonig) für 9,85 DM. Alles echter, naturreiner Bienen-Schleuderhonig mit den vielerlei Wert- und Wirkstoffen. - Karte genügt. HONIG-REINMUTH, 6951 SATTELBACH, BIENENSTRASSE 337 A
REINMUTH-HONIG, WAHRHAFT GUTER HONIG

Anzeigenschluß
jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende Ausgabe des Staats-Anzeiger

1686

Kassel: Die Lieferung und Ausführung dauerhafter Fahrbahnmarkierungen im Bereich des Deckenloses F 4 der BAB Bad Hersfeld—Heilbronn, Streckenabschnitt 30.1 b, von Bau-km 153,015 — nördl. Widerlager Bw. 477 — bis Bau-km 171,3+28 — nördl. Widerlager der Grenzwaldbrücke (Bayern) — soll vergeben werden.

Leistungen u. a.:

9 900 m	durchgehend, 75 cm breit, 3 mm dick aufgelegt, auf geriffeltem Gußasphalt,
1 300 m	durchgehend wie vor, jedoch auf Asphaltfeinbeton,
2 100 m	mit Unterbrechungen 9/9, 75 cm breit wie vor aus Asphaltfeinbeton,
100 m	mit Unterbrechungen 9/9, 75 cm breit, wie vor auf geriffeltem Gußasphalt,
160 m	durchgehend, 50 cm breit, wie vor auf geriffeltem Gußasphalt.

Beginn der Arbeiten: ca. 15. 6. 1968

Fertigstellung: 15. 7. 1968.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM ab 29. 4. 1968 im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 33, II. Etg., ausgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckamt Frankfurt (M.) Nr. 6745 zu Gunsten „Straßenneubauamt Hessen-Nord" mit dem Vermerk:

„Lieferung und Ausführung dauerhafter Fahrbahnmarkierungen im Bereich des Deckenloses F 4 der BAB Bad Hersfeld—Heilbronn" einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 10. Mai 1968, um 11.00 Uhr, im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kassel, Köln. Straße 69.

35 Kassel, 17. 4. 1968 Straßenneubauamt Hessen-Nord

1687

Schotten: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3139, Abt. Ortsd. Rebgeshain — Einmündung der L 3073 einschl. der Ortsdurchfahrt, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

rd. 4 200 cbm	Mutterboden abtragen
rd. 16 000 cbm	Erdbewegung
rd. 3 000 cbm	Fels lösen
rd. 15 000 t	Trag- und Frostschutzschicht 0/55
rd. 16 000 qm	bit. Unterbau 0/35 (11 cm dick)
rd. 16 000 qm	Asphaltbinderschicht 0/18 (85 kg/qm)
rd. 16 000 qm	Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 (85 kg/qm)
rd. 3 500 lfd. m	Betontiefbord
rd. 1 000 lfd. m	Dränage ϕ 10 cm
rd. 1 000 lfd. m	Dränage ϕ 15 cm

Bauzeit: 210 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 7. 5. 1968 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 9,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheck-Konto Nr. 39312 Frankfurt (Main), mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 14. 5. 1968, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Gederner Straße 10. Zuschlags- und Bindefrist 21 Kalendertage.

6479 Schotten, 18. 4. 1968 Hessisches Straßenbauamt

Weshalb sind VS-Schulmöbel die meistgekauften in Deutschland? Weil sie sich durch orthopädische und funktionell richtige Gestaltung, gute Form und unübertroffene Haltbarkeit auszeichnen.

VS schulmöbel

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG 6972 Tauberbischofsheim Niederl. 6313 Homberg, Herderstraße 1

1688

Die
NASSAUISCHE BRANDVERSICHERUNGS-ANSTALT WIESBADEN
Körperschaft des öffentlichen Rechts

sucht
für ihr Sondervermögen
— Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Wiesbaden —
einen

büroleitenden Beamten

— Bes.-Gruppe 12 der Hess. Bes.-Ordnung A oder Verg.-Gruppe III BAT —.

Die Bewerber sollen die laufbahnmäßigen Voraussetzungen erfüllen.

Erforderlich sind:
Kenntnisse des Versorgungstarif- und Sozialversicherungsrechts.

Erwünscht sind:
Grundkenntnisse der Datenverarbeitung und mehrjährige Erfahrung auf dem Gebiet des Personalwesens.

Bewerbungen mit handschriftlichem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis zum 20. 5. 1968 zu richten an den:

Direktor der
Nass. Brandversicherungsanstalt
6200 WIESBADEN · Gutenbergplatz 4

Vertrauliche Behandlung der Bewerbung und der eingereichten Unterlagen wird zugesichert.

1689

Die Stadt Butzbach (10 300 Einwohner - Ortsklasse A) sucht zum alsbaldigen Dienstantritt einen

Stadtinspektor

Bes.-Gr. A 9 HBesG

für die Stadtkasse.

Nach entsprechender Einarbeitung und Bewährung ist die Bestellung zum stellvertr. Kassenleiter beabsichtigt. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Der Bewerber muß die beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllen und mit den Aufgaben einer Stadtkasse vertraut sein.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften und Beschäftigungsnachweis sind

an den
Magistrat der Stadt Butzbach
6308 Butzbach

einzureichen.

6308 Butzbach, 18. 4. 1968 **Der Magistrat**

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

Fritz Russ Rheinstraße 36 Faulbrunnenstraße 12
Berat. Ing. DAI
Wiesbaden
Ruf: 37 20 44
Bauingenieurbüro
Baukonstruktionen
Statik
Straßen-, Brückenplanung

ELEKTRO- KERN ANLAGEN- UND GERÄTEBAU
Ausführung sämtlicher Hochspannungs-, Starkstrom-, Neon- und Antennenanlagen, Reparaturen, Projektierungen
FRANKFURT/MAIN-Nied · Mainzer Landstraße 691 · Tel. 38 33 03

Planungs- und Beratungsbüro
für **Heizungs-, Lüftungs-, Klima-** und **sanitäre Anlagen**
Obering. K. WAGNER, VDI
Wiesbaden, Rauenthaler Straße 14, Tel. 44 24 16

50 JAHRE
WILHELM FIESELER OHG WIESBADEN
Adelheidstr. 21 · Tel.-Sa.-Nr. 3 94 11
Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

H. Wilken Ing. KG
Frankfurt/M., Bergerstraße 289 · Telefon 45 21 56
Planung von Ent- und Bewässerungsanlagen
Ausführung von Kanalarbeiten — Kanalreinigungen
Grubenentleerungen

Gebr. Schinkel OHG.
ELEKTRO · HEIZUNG · SANITÄR
Wiesbaden · Mainzer Straße 91 · Telefon: 7 43 24 · 7 94 57 · 7 96 16

Dipl.-Ing. Rud. Gaul
BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.
6 FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHENER STR. 12
RUF: 23 14 12 / 23 37 91
PLANUNG · BERATUNG FÜR STADT · GEMEINDE · INDUSTRIE
WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen" erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis: vierteljährlich DM 7,40. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main. Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstr. 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,87, bis 40 Seiten DM 2,47, bis 48 Seiten DM 2,97, über 48 Seiten DM 3,23. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandspesen und 5 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlags, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 24 Seiten.